

2013

Fachdialog Gender - Migration - Religion



Auftraggeber:

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie – Landeskoordinierungsstelle des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus im Saarland.

Förderprogramm:

Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“

Auftragnehmerin:

FITT gGmbH -Forschungs- und Transferstelle für Gesellschaftliche Integration und Migration

Impressum

Herausgeber:

Forschungs- und Transferstelle für Gesellschaftliche Integration und Migration (GIM) (FITT gGmbH) an der Hochschule für Technik und Wirtschaft, Goebenstrasse 40, 66117 Saarbrücken

Geschäftsführung FITT gGmbH: Georg Maringer,
Wissenschaftliche Leitung GIM: Prof. Dr. Dieter Filsinger,
Geschäfte GIM führt: Wolfgang Vogt

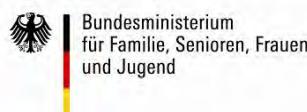


Auftraggeber:

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus im Saarland,
Regiestelle im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Kooperationspartner

Integrations- und Zuwanderungsbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken



Verantwortung

Giusy Grillo, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungs- und Transferstelle G.I.M.

Moderation

Karin Meißner, Fachstelle Antidiskriminierung & Diversity Saar, Berufsförderungswerk

Protokollführung Fachtag

Anna-Sophie Kiefer, Mona Seer, Tina Butz

Protokollführung Vertiefungsworkshops

Anna-Sophie Kiefer

Fotografin

Sadija Kavcic-van Weert

Saarbrücken, November 2013

INHALTSVERZEICHNIS

1. Fachtag	Seite 3
2. Vertiefungsworkshop Gestaltung von Angeboten und (Re)Produktion von Stereotypen in der Sozialen Arbeit	Seite 22
3. Vertiefungsworkshop Mediale Berichterstattung und Zusammenarbeit	Seite 30
4. Anhang Zum Vertiefungsworkshop Mediale Berichterstattung und Zusammenarbeit	Seite 39

11. Juni 2013

Fachtag

**„Ethnische Minderheiten in der Sozialen Arbeit:
Dynamiken der Integration und Segregation“**

Referentin:
**Prof. Dr. Birgit
Rommelspacher**

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
sehr geehrte Frau Prof. Dr. Rommelspacher, sehr geehrte Frau Kabis,

zunächst möchte ich mich stellvertretend für Herrn Minister Storm für die Einladung beim Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, der Landeshauptstadt Saarbrücken und der Forschungs- und Transferstelle für gesellschaftliche Integration und Migration bedanken und freue mich bei einem wichtigen Thema das Grußwort sprechen zu dürfen, da unser Haus auch Mitveranstalter ist.

Hintergrund der Veranstaltung ist ein erstes Frauenschwimmen im Sommer 2011 im Saarbrücker Stadtteil Altenkessel, das von mehreren Organisationen vor Ort veranstaltet wurde. Bereits im Vorfeld wurde in der Presse darüber berichtet. In der Saarbrücker Zeitung erschien ein Artikel mit der Schlagzeile „Männer müssen draußen bleiben“, im unauffälligen Untertitel hieß es „jeden zweiten Samstag gibt es in Altenkessel ein ‚interkulturelles Damenschwimmen‘“. Es gab eine Reihe von Reaktionen auf die Berichterstattung. Zum einen gab es Reaktionen von Häme bis Aggressionen, in denen von „Integrationsresistenz“ und „Islamisierung“, aber auch vom „emanzipatorische(n) Diktat“ und „Multi-Kulti-Agit-Prop“ die Rede war. Zudem wurde im islamfeindlichen Internetblog diffamierend über das Projekt und die Projektträger berichtet und dazu aufgerufen, sich gegen die „Islamisierung des kleinsten, aber schönsten Bundeslandes“ zur Wehr zu setzen. In der Nachbereitung des Projektes zeigte sich, dass auch innerhalb der Fachkräfte verschiedene Positionen und Haltungen im Umgang mit den Problemstellungen zum Tragen kamen.

Dies war Anlass, dass das Zuwanderungs- und Integrationsbüro der Landeshauptstadt Saarbrücken den Anstoß gab, gemeinsam mit dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus im Saarland einen Dialog zum Thema Migration – Gender – Religion in der Sozialen Arbeit zu organisieren und einen Fachdialog mit der Forschungs- und Transferstelle der HTW zu entwickeln.

Sozialarbeiterische und sozialpädagogische Fachkräfte sind in den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern eingesetzt. In der Sozialen Arbeit wird mittlerweile ein sehr breit gefächertes Aufgabenspektrum vorgefunden, mit öffentlichen, freien und auch privaten Anstellungsträgern. Mit dieser Veranstaltung soll heute und mit zwei weiteren Gesprächskreisen ein Forum entstehen, in dem unabhängig von Interessen der Anstellungsträger über die unterschiedlichen Positionen und das berufliche Handeln diskutiert wird. Es ist wichtig, über unser eigenes Handeln nachzudenken, um ethisch begründete Entscheidungen zu treffen und entsprechende Handlungsoptionen zu entwickeln.

In der Sozialen Arbeit geht es oft darum, mit Klient_innen deren „Willen“ herauszuarbeiten und ihnen nicht besserwisserisch den Weg aufzuzeigen, den sie zu gehen haben, da „wir Fachkräfte ja die Lösungen parat haben und wissen, was für unsere Klient_innen gut ist“. Paul Feyerabend hat jedoch bereits 1979 in „Erkenntnis für freie Menschen“ geschrieben: „Es ist kurzsichtig anzunehmen, dass man »Lösungen« für Menschen hat, an deren Leben man nicht teilnimmt und deren Probleme man nicht kennt.“

Schon bei der Ausschreibung „Migration – Gender – Religion“ fragte ich mich, wieso gerade diese Reihenfolge gewählt wurde. War sie willkürlich, war sie gewollt? Schaffen diese drei Begriffe Migration – Gender - Religion in den unterschiedlichsten Prozessen oder alleine

gesehen nicht schon Differenzen? Kann man im Dialog, in fairer Auseinandersetzung und ohne Unterstellungen kommunizieren? Was macht die Entwicklung einer eigenen Haltung auch in diesen Feldern so schwierig?

Soziale Arbeit in der Prävention, Beratung und Intervention bewertet menschliche Lebenssituationen. Sie braucht Wissen und auch Gewissen über sogenanntes richtiges und fehlgeleitetes soziales Leben. Konkret geht es darum Respekt und Achtung vor der Einzigartigkeit eines jeden einzelnen Menschen an den Tag zu legen, vor der Einzigartigkeit seiner Persönlichkeit und seines Handelns – dies nicht im Sinne einer Methode, sondern als Haltung. Es geht um Fairness, partnerschaftlichen Umgang, Empathie, Mitgefühl und positive Wertschätzung. Sozialarbeit erhebt die Würde des Menschen und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit zur Pflicht.

Neben der Arbeitsweise der Ressourcenerschließung hat Soziale Arbeit eigene Methoden entwickelt, so im Umgang mit fehlenden Erkenntnis-, Handlungs- und Kommunikationskompetenzen. Sie distanziert sich von allen Formen der Unterdrückung und nicht zuletzt von Ohnmachts- und Gewalterfahrungen. Dies impliziert auch den hohen Anspruch an den eigenen Umgang mit Macht und Machtstrukturen. Wir alle benötigen hierbei eine hohe Sensibilität und Reflexionsfähigkeit unseres eigenen beruflichen Handelns.

Dabei hat Sozialarbeit als Interventionsform sozialstaatlich organisierter Gemeinwesen die Aufgabe, soziale Härten und Ausschlüsse vermeiden zu helfen, die sich aus strukturellen Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft ergeben. Dabei gilt es, mit Differenzen zwischen Menschen angemessen umzugehen und sich dabei an den Gleichheitspostulaten der Menschenrechte zu orientieren. Welche Themen und Schwerpunkte in der Sozialen Arbeit eine besondere Bedeutung bekommen, hängt von gesamtgesellschaftlichen Prozessen ab und unterliegt deshalb historischen Veränderungen.

Die Kategorien „Gender“ und „Interkulturalität“ sind für die Konzeptionierung und Reflexion Sozialer Arbeit deshalb von besonderer Bedeutung, weil Geschlecht und kulturelle Differenz als soziale Strukturmerkmale eine doppelte Rolle spielen: Sie sind Teil der sozialen Problemlagen, mit denen die sozialarbeiterische Praxis zu tun hat. Und sie formen unsere Vorstellungen vom sozialen Leben, sind Elemente unseres Menschenbildes und unseres Handelns.

Mit dem Fachdialog wollen die Veranstalter auf das wichtige Thema Migration – Gender – Religion in der Sozialen Arbeit aufmerksam machen. Der Forschungs- und Transferstelle, insbesondere Frau Grillo, ist es gelungen mit Frau Prof. Dr. Birgit Rommelspacher eine renommierte Expertin auf diesem Gebiet für den Fachdialog zu gewinnen.

Ich wünsche der Veranstaltung einen spannenden Verlauf sowie interessante und facettenreiche Diskussionen.

Ernst Rudolf Ollinger,
Leiter der Stabsstelle Jugend- und Familienpolitik,
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Vortrag

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher ist Professorin für Psychologie mit dem Schwerpunkt Interkulturalität und Geschlechterstudien an der Alice Salomon Hochschule Berlin sowie Privatdozentin an der TU Berlin.



Vortrag:

**„Ethnische Minderheiten in der Sozialen Arbeit:
Dynamiken der Integration und Segregation“**

Strukturelle Grenzziehungen von Anbietern und AdressatInnen

- **Wer kommt zur Beratung?** Strukturelle Vorauswahl: Lage, Sprache, Öffentlichkeitsarbeit....
- **Allgemeine Barrieren (Gaitanides)** Sprache, Wohnortferne, Öffnungszeiten, christliche Trägerschaft, Unwissenheit.....
- **Kulturelle Vorbehalte** gegenüber mittelschicht-orientierter Beratung (verbal orientiert, selbstreflexiv, individualistisch); Misstrauen gegenüber Institutionen der Mehrheitsgesellschaft

Einstellungsmuster der Mehrheitsgesellschaft zu Geschlecht, Religion/Kultur

- **Geschlechterrollen:** „Die“ westlichen Frauen sind emanzipiert – „die“ muslimischen unterdrückt. Asymmetrische Argumentation: Religion oder Kultur?
- **Säkularität versus Religion**
Unvereinbarkeit von Religion und Feminismus; historisch unzutreffend aktuell fragwürdig
- **Christentum versus Islam** Untersuchung Pollack
- **Christlich-säkulare Doppelmoral**

Emanzipationskonzepte: Gleichheit versus Differenz

- **Liberaler Feminismus** als Egalität in allen Lebensbereichen versus **Differenzfeminismus** als Unterschiedlichkeit der Geschlechter
- Problem der liberalen Position: Assimilation an männliche und kapitalistische Normen; Berufsmenschentum, Individualismus, Flexibilität
- Problem des Differenzfeminismus: Diskriminierung; aber auch Quelle von Kritik und Widerstand
- Abhängigkeit der Konzepte von den **Lebensverhältnissen**

Paradoxie „westlicher“ Emanzipation: Unterdrückung durch Befreiung

- **Soziale Unterschichtung** stabilisiert durch Hierarchisierung der Religionen und Kulturen
- **Kopftuchverbot** = Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt
- Reproduktion der Unterdrückung durch deren **Affirmation in den Medien**
- Emanzipation als **kulturelle Assimilation**

Muslimische Frauen in Deutschland

- **Traditionalismus** – Herkunftsgesellschaft (Geschlechtersegregation) und reaktiv auf Migration
- Kopftuchträgerinnen als „**Neomuslima**“ (Nöckel, Klinkhammer, Karaksoglu-Aydin etc.)
- **Vestimentäres Mixing** (Reyhan Sahin)
- Gegen Entweder – Oder; mehrfache, fluide Zuordnungen, eigene Selbstpositionierung, Definitionsmacht; Zugehörigkeit und Differenz

Schluss: Was kann in dem Kontext Integration bedeuten?

- Interaktion zweier System = neues System
weder Assimilation noch Segregation
- Für Minderheiten: Sprache, Normen,
Kompetenzen...
- Für Mehrheitsgesellschaft: Akzeptanz von
Wandel und Normenvielfalt, Teilen von
Rechten, Wahrnehmung eigener Dominanz

.....

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Rückfragerunde zum Vortrag

*Die heftigste Kritik bzw. der stärkste Widerstand gegen den Islam wird häufig von Menschen formuliert, die persönlich gar nicht überaus religiös sind.
Wie lässt sich dies erklären?*

Es lassen sich hierbei verschiedene Phänomene darstellen: immer mehr Menschen treten aus der christlichen Kirche aus, die Diskurse rund um das Thema Migration und Integration werden gleichzeitig aber scheinbar immer „religiöser und dabei christlicher“.

Viele Menschen jedoch, die aus der Kirche ausgetreten sind oder zumindest eher distanziert zur christlichen Kirche und ihren Lehren stehen, verbleiben in einer Art kultureller Verbindung zum Christentum. Dieses „kulturelle Christentum“ gibt es laut aktueller Untersuchungen (Quelle: Religionsmonitor 2013 der Bertelsmann Stiftung) zudem auch in dem Sinne, dass 80% der Befragten den Wunsch äußerten, dass das Christentum viel mehr Einfluss besitzen und eine viel wichtigere Rolle im Alltag spielen sollte. Der Islam werde in dieser Untersuchung hingegen von annähernd 40% der Befragten als „äußerst bedrohlich“ deklariert. Dieses Ergebnis ist besonders deshalb erstaunlich, weil der Wunsch nach einer stärkeren Gewichtung des Christentums in einer Zeit erfolgt, in der gerade die katholische Kirche ja durchaus mitunter sehr heftig kritisiert wird (Stichwort z.B. Missbrauchsskandale).

Erklären lässt sich dieses Phänomen durch eine Trennung zwischen der Kirche als Einrichtung und dem Christentum als Sinnbild für Nächstenliebe, moralische Werte, Menschenrechte und Emanzipation.

Die Geschichte und Praxis insbesondere der Katholischen Kirche zeigt, dass sie auch eine andere Seite hat. Gerade gegenüber dem Islam hat sie sich bislang als wenig offen erwiesen.

Die Tendenz ist spürbar: je stärker die Debatten um Einwanderung auf der religiösen Ebene geführt werden, desto stärker bezieht sich die Mehrheitsgesellschaft auf die „christlichen Werte und Normen“ in der Gesellschaft.

Wird der Islam nicht nur als Religion wahrgenommen, sondern meist auch in geopolitischen Verflechtungen - Krieg, Terrorismus - betrachtet?

Internationale Politik und Geschehnisse sowie Berichterstattungen spielen natürlich auch eine Rolle und fließen in die Bilder über den Islam mit ein.

In der Praxis lernt eine Teilnehmerin Frauen kennen, die trotz strengem Rollenbild und Gewalterfahrung im Gegensatz zu vielen Vorurteilen „aufblühen“ und selbstbestimmt ihr Leben leben (Funktionen von Männern übernehmen). Sind dies Einzelerfahrungen oder gibt es darüber Untersuchungen?

Es gibt Untersuchungen, die konstatieren, dass Migration häufig dazu führe, traditionelle Muster zu verstärken. Gleichermassen gebe es allerdings natürlich auch Fälle, in denen durch Migration Veränderungen und ein sogenanntes „Aus-dem-Tritt-kommen“ in Gang gesetzt werden, das zu Modifikationen hinsichtlich Verhalten und Lebensgestaltung führen kann.

Fachaustausch

Nach den Einblicken in die aktuelle empirische Forschungslage durch Frau Prof. Dr. Rommelspacher haben die Teilnehmenden nun die Möglichkeit, in Anlehnung an die World Café-Methode in drei Durchgängen in einen Fachaustausch zu treten.

Die Gastgeber_innen der drei Diskussionsrunden sind: Frau Giusy Grillo von der Forschungs- und Transferstelle G.I.M.; Frau Karin Meißner von der Fachstelle Antidiskriminierung & Diversity Saar und Herr Dirk Hübschen von der Landeskoordinierung des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus. Diese stellen die Impulsfragen.



1. Bedarfserhebung und -analyse zur Angebotsentwicklung in der Praxis

Wie werden Bedarfe wahrgenommen? Wie werden Bedarfe erhoben? Wer formuliert die Bedarfe? Wie können Fachkräfte in der Praxis aufmerksam wahrnehmen, welche Kategorisierungen sie selbst möglicherweise in die Angebotsentwicklung miteinbringen? Wie kann eine Reproduktion von Kategorien verhindert werden?

Zusammenfassung

- Bedarfe werden im Rahmen sozialer Interaktion durch aufmerksames Zuhören wahrgenommen und erhoben; als wesentliche Voraussetzung wird mehrfach die Existenz einer Vertrauensbasis von den Teilnehmer_innen hervorgehoben, um reale Bedarfe bestmöglich erfassen zu können
- Angebote werden aber auch von Fachkräften entwickelt, Ideen entstehen durch die Arbeit, manchmal wird ein Handlungsbedarf thematisiert, der noch nicht - oder von wenigen - der Zielgruppe artikuliert wurde, aber auf zukünftige Themen verweist
- Förderprogramme richten sich an ausgewählte Merkmale eines Menschen und geben dabei bereits Kategorien vor
- Angebote sind nicht für alle offen

- Wenn es darum geht, Bedarfe für ganz bestimmte Zielgruppen zu formulieren, steht immer auch die Gefahr mit im Raum, Kategorisierungen zu reproduzieren: Fachkräfte müssen hinsichtlich der Zielgruppdefinition im Spagat zwischen der Benennung von Differenzkategorien und der Gefahr kategorischer Zuschreibungen agieren. Zusätzlich gilt es, die Kategorien, anhand derer Angebote konzipiert oder Bedarfe erfasst werden, immer wieder selbst zu reflektieren: Handelt es sich z. B. um Kultur oder handelt es sich doch vielmehr um soziale Lagen?
- Macht- und Anerkennungsverhältnisse müssen berücksichtigt werden: Ernstnehmen von Bedarfen bedeutet immer, auch Diskriminierungserfahrungen und (Selbst-)Zuschreibungsprozesse, die durch öffentliche Diskurse geprägt sind, zu berücksichtigen. Bezuglich des benötigten Hintergrundwissens muss immer auch die Komplexität der Erfahrungswelten der Adressat_innen berücksichtigt werden. Außerdem geht es immer um Machtverhältnisse, in denen sich Individuen befinden.
- Als wesentliche Aspekte werden in diesem Zusammenhang Machtverhältnisse, Freiwilligkeit und Unfreiwilligkeit genannt: Es gilt diesbezüglich immer zu prüfen, in welcher Position sich Menschen befinden, mit denen man arbeiten will, welche Erfahrungen sie gemacht haben und was ihnen von wem entgegebracht wird.

BOTTOM-UP Prozess

In der Beratungstätigkeit ist es zunächst wichtig, die Klient_innen im Beratungssetting „ankommen“ zu lassen und ihnen in einem wertschätzenden, sicheren Rahmen aufmerksam zuzuhören. Im Verlauf des Aufbaus eines Vertrauensverhältnisses bieten sich Möglichkeiten, nach Bedarfen zu forschen und entsprechende Angebote zu entwickeln, die wiederum mit der Zielgruppe abgestimmt werden. Nach einer Weile wird überprüft, wie das Angebot nachgefragt wird, ob die Bedarfe wirklich abgedeckt werden, inwiefern es ggf. Modifizierungsbedarf gibt oder ob das Angebot in dieser Form zugunsten einer innovativen Idee komplett verworfen werden sollte. Diese stetige Anpassung an die Bedarfe ist ein ständiger Prozess und erfordert sehr viel Aufmerksamkeit und Engagement der Professionellen.

Der Einbezug der Zielgruppe ist ein entscheidender Faktor beim Bottom-up Prozess, allerdings hat sich dabei auch die Explosivität am Beispiel der Angebotsentwicklung „Frauenschwimmen“ gezeigt. Dieses Angebot wurde von der Zielgruppe angemeldet, die sich gemeinsam mit Kooperationspartnern für die Einrichtung des Angebotes stark gemacht

hat. Die Reaktionen wiederum waren kontrovers und wurden auch entsprechend der Zielgruppe rückgespiegelt.

TOP DOWN Prozess

Angebote werden auch von Fachkräften initiiert, in dem sie zukunftsorientierte Themen behandeln. Viele Institutionen streben nach Kontinuität in der Grundfinanzierung und in der Angebotsentwicklung an, dabei ist eine Abhängigkeit von Förderprogrammen gegeben. Letztlich können damit Potentiale zur bedarfsorientierten Angebotsentwicklung nur eingeschränkt genutzt werden, weil diese Programme eigene Themen vorgeben, die förderfähig sind. Themen in Förderprogrammen werden durch Fragestellungen festgelegt, die gesellschaftlich problematisiert werden. Schließlich vermittelt es den Migrant_innen nicht wirklich das Gefühl der Teilhabemöglichkeit, wenn ihnen Angebote ohne Möglichkeit zur Mitgestaltung offeriert werden.

Barrieren des Zugangs

Jedes Setting generiert auch bestimmte Ausschlüsse! Angebote werden im Hinblick auf bestimmte Merkmale geschaffen; dies schließt gleichzeitig andere Zielgruppen und Merkmale aus. Dieser Aspekt betrifft generell natürlich keinesfalls nur migrant_innen spezifische Angebote. Zielgruppenorientierte Angebote sind damit auch nicht überflüssig, aber es ist ein Bewusstsein dafür erforderlich, dass Angebote nie wirklich gleichermaßen offen für alle Menschen sind.

Freiwillige vs. angeordnete Teilnahmen an Maßnahmen und Angeboten

Die Gruppendynamik bei Teilnehmenden, die an einer amtlich angeordneten Bildungsmaßnahme teilnehmen, ist eine andere als bei einem freiwilligen Zusammenschluss. Auch die Anpassung der Maßnahme an die unterschiedlichen Bedürfnisse der Teilnehmenden kann nur begrenzt erfolgen, da die Angebote durch die Finanzgeber sehr strukturiert gestaltet sind. Die Herausforderung besteht darin, die Moderation und Begleitung einer solchen Gruppe (trotz problematischer Gruppendynamik) möglichst effektiv zu gestalten, damit die Teilnehmenden von der Maßnahme profitieren und sie gleichzeitig mit einem möglichst positiven Gefühl absolvieren.

Berücksichtigung von Lebenslagen

Die Lebenslagen der Zielgruppe sowie auch die Erfahrungen, die Einzelne prägen, werden erst im Verlauf der Betreuung oder Beratung erkennbar. Hierbei besteht die Gefahr, eigene Vorurteile nicht genügend zu berücksichtigen und ggf. auf Einzelfälle zu projizieren. Wichtig ist hierbei, über entsprechendes Wissen und Bereitschaft zur Reflexion zu verfügen und in die Angebotsentwicklung miteinfließen zu lassen. Insbesondere ist dies wichtig, da auch

viele Klient_innen bereits negative Erfahrungen hinsichtlich stigmatisierender Vorurteile erlebt haben und daher Vertrauensarbeit geleistet werden muss.

Kategorisierung vs. Eingrenzung von Zielgruppen

Eine große Schwierigkeit besteht darin, einen Spagat zwischen Kategorisierungen auf der einen Seite und der Formulierung einer Zielgruppe (bezüglich der Konzipierung von Angeboten) auf der anderen Seite zu bewältigen. Beispielhaft wird das Thema Roma aufgegriffen: Die bloße Ankündigung eines „Roma-Projektes“ birgt die Gefahr einer Reproduktion des Vorurteils, dass alle Roma ähnliche Bedürfnisse und Hintergründe haben. Auf Veranstaltungen zu diesem Thema sei dieser Sachverhalt zuletzt auch immer eine der zentralen Fragestellungen gewesen. Wie kann demnach also eine Zielgruppe deutlich hervorgehoben werden, ohne dabei zu kategorisieren und zu verallgemeinern?

Bestimmung und Überprüfung von Differenzkategorien

Stärker zwischen sozialen und kulturellen Problemen zu differenzieren, birgt großes Potenzial. In vielen Diskursen werden oftmals vermeintliche Sachverhalte oder Probleme mit „Kulturen“ begründet, obwohl tatsächlich soziale Lebenslagen im Fokus stehen. Die inhaltliche Berücksichtigung von Herkunftskulturen, Nationalkulturen oder Lebenskulturen ist zwar angemessen und wichtig, die soziale Herkunft nimmt häufig eine besonders bedeutsame Rolle ein.

Vor dem Hintergrund einer stetig wachsenden Armutssproblematik nehmen Aspekte wie Gender und Migration vor allem in Koppelung mit dem sozialen Status eine entscheidende Rolle ein. Die soziale Herkunft ist meist weitaus ausschlaggebender für die Situation von Jugendlichen und deren Lebenswelten als beispielsweise die gesonderte Betrachtung von Migration. Insbesondere bei Jugendlichen aus sozial benachteiligten Milieus ist eine vorliegende Migration als „Doppelbenachteiligung“ zu werten. Handelt es sich zudem um weibliche Jugendliche, so gibt es für sie unter Umständen sogar auch noch eine dritte Benachteiligung zu bewältigen.

Irritationen im Entwicklungsprozess von Angeboten

Im Rahmen eines durch eine Teilnehmerin konzipierten Projektes wurden die gesetzten Ziele und Zielgruppen nicht in der gewünschten Form erreicht, da genau die Personen das Projekt vorzeitig verließen, die für die Zielerreichung notwendig waren. Derlei Entwicklungen sind im Vorfeld nicht immer vorauszusehen und müssen ggf. von Fachkräften ausgehalten werden. Im konkreten Fall gilt es zu verfolgen, ob das beobachtete Phänomen möglicherweise einen Hinweis auf Erfahrungen von Rassismus und Machtverhältnissen darstellt. Die Bildung einer geschlossenen Gruppe kann als Bestreben gedeutet werden, zunächst ein Verhältnis auf

Augenhöhe herzustellen und sich selbst zu definieren, bevor eine Öffnung für Jugendliche ohne Diskriminierungserfahrungen zugelassen werden kann.

Diskriminierungserfahrungen

Diskriminierungserfahrungen sind bei der Angebotsentwicklung nicht zu vernachlässigen. Aus Schulalltagen können Teilnehmende berichten, dass in Klassen eine hierarchische Ordnung aufgrund von Nationalitäten festgelegt wird. Ebenso erschwert der Migrationshintergrund oftmals die Ausbildungssuche, so dass Diskriminierungserfahrungen zum Alltag vieler Menschen dazugehören und sich entsprechend auswirken.

Machtverhältnisse – Anerkennungsverhältnisse

Was einem Menschen im Laufe seines Lebens zugeschrieben wird, hängt oftmals mit der Zuordnung bzw. Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen zusammen. Hinsichtlich des Merkmals Migration ist dies gut zu verdeutlichen: Wer ständig mit der Aussage konfrontiert wird, kein_e Deutsche_r zu sein, fühlt sich irgendwann tatsächlich nicht mehr als solche_r. Dieses Empfinden spiegelt sich dann auch in den Bedarfen und Bedarfsäußerungen wieder und stellt die Fachkräfte vor die Aufgabe, eine schwierige Gratwanderung zu vollbringen: Einerseits erscheint die Öffnung neuer Erfahrungsspielräume angebracht, damit sich Klient_innen auch in anderen Räumen erfahren können. Andererseits soll aber auch vermittelt werden, dass die geäußerten Bedarfe anerkannt und ernstgenommen werden.

2. Welche Irritationen tauchen bei der Angebotsentwicklung auf? Wie sind kontroverse Diskussionen zu erklären?

Zusammenfassung

- Irritationen können darin bestehen, dass die Durchführung von Projekten immer mit Ressourcen verbunden sein kann, die andere Gruppen für sich beanspruchen
- im Rahmen zielgruppenspezifischer Angebotsplanung geht es zunächst um die Überlegung, was das hauptsächliche Merkmal darstellt, aufgrund dessen ein Angebot konzipiert wird (Geschlecht, Religion, Herkunft usw.)
- die Differenzkategorie, anhand derer Angebote konzipiert werden, ist dabei stetig zu hinterfragen
- auch in zielgruppenspezifischen Angeboten zeichnen sich Gruppen in der Regel durch ein hohes Maß an Heterogenität aus

- einen rein defizitorientierten Blick auf Migration gilt es aufzugeben und den Migrationshintergrund auch als Ressource wahrzunehmen
- es gilt, nie auszublenden, dass jede_r Einzelne immer auch die eigenen Vorstellungen auf ein Projekt projiziert und dass diese Annahmen möglicherweise für eine bestimmte Zielgruppe in der Realität gar nicht angemessen sind
- auch gesellschaftliche Verhältnisse sollten stets im Blick behalten werden: Welche gesellschaftlichen Verhältnisse sind wirksam? Was benötigen evtl. auch andere Gruppen? Wie können Fachkräfte möglichst professionell darauf reagieren?

Aktivierung von Teilhabe

Bei der Konzipierung des Angebotes „Frauenschwimmen“ wurde das Augenmerk auf Frauen, aber insbesondere auf Frauen mit muslimischem Hintergrund gelegt. Dies hat bestimmte Assoziationen und Bilder hervorgerufen, anhand derer sich die kontroversen, öffentlichen Diskussionen erläutern lassen. Dabei wurden Aspekte bei der Ausgestaltung des Angebotes wie der einer Bademeisterin, Sichtschutz und Badebekleidung auf die Kategorie Religion fokussiert und dabei ist die frauenspezifische Ausrichtung (Gender) aus dem Blick geraten. Außerdem wurden Rahmenbedingungen wie Nutzungszeit, -zeit und -fläche anhand der Kategorien Religion und Gender diskutiert, zugespielt in der Frage, wer wo seinen Platz in der Gesellschaft hat und wer dies bestimmt. Es dominierte nicht nur das Bild der "unterdrückten Muslima", sondern es ging auch um gesellschaftliche Ressourcen, Chancengleichheit und Teilhabe.

Dies bedeutet aber nicht, ein solches Angebot nicht weiterhin zu realisieren. Daher gelte es in diesem Zusammenhang zunächst drei relevante Fragen zu beantworten: Existiert bezüglich des Frauenschwimmens tatsächlich eine „Tücke“ bzw. Irritation in der Angebotsentwicklung? Besteht die Möglichkeit, diese Irritation zu vermeiden? Und sollte die Vermeidung dieser Irritationen als Ziel überhaupt anvisiert werden?

Positionsbestimmung der Fachkräfte

Die Diskurse rund um die Implementierung des Frauenschwimmen haben viele überrascht - im Vorfeld war kaum vorauszusehen, welche Reaktionen dieses Angebot auslösen würde. Dies ist jedoch kein völlig ungewöhnliches oder gar neuartiges Phänomen. Fachkräfte sollten sich daher immer bewusst sein, dass vieles in Projekten unglücklich verlaufen kann und Entwicklungen trotz sorgfältiger Überlegungen im Vorfeld nicht immer vorhersehbar oder beeinflussbar sind. Solche öffentlichen Diskurse sollte Professionelle nicht davon abhalten, entsprechende Angebote zu konzipieren.

„Unsichtbarkeit“ der Sozialen Arbeit

Soziale Arbeit soll Entwicklungen thematisieren und dabei insbesondere Menschen ohne Privilegien eine Stimme geben. Spürbar ist, welchen Reglementierungen Soziale Arbeit unterliegt. Der organisatorische Aufwand wird immer größer, so dass die ursprüngliche Idee der Sozialen Arbeit nicht mehr sichtbar wird und sich die Frage gestellt werden kann, welchen Weg die Soziale Arbeit einschlägt.

Migrationshintergrund als Ressource

Der Großteil der Diskussionen zum Thema Migration ist geprägt von Problemorientierung, Defizitannahmen und Konfliktbewusstsein. Der Ressourcenblick sollte einkehren und auch in der Projekt- und Angebotsplanung stärker einbezogen werden.

Akzentuierung des „Spaßfaktors“ in der Angebotsplanung

In vielen Projekten und Angeboten werde hinsichtlich der Konzipierung der „Spaßfaktor“ zu sehr aus den Augen verloren. Es ist ein Irrglaube, dass Spaß mit der Effizienz von Bildungsangeboten nicht vereinbar ist. Dabei bestehe genau darin eine existenzielle Voraussetzung für das Gelingen von Projekten und Maßnahmen. Dies gelte es endlich stärker wahrzunehmen und anzuerkennen.

Die eigene Brille

Im Rahmen der Sozialen Arbeit entwickeln Fachkräfte stetig eine Vielzahl an Angeboten und Projekten diverser Art. Innerhalb der Entwicklungsprozesse dieser Angebote ist es immer gut, sich vor Augen zu führen, wie sehr solche Vorhaben von den eigenen Vorstellungen und Annahmen gefärbt sind. Insbesondere im Rahmen von Kooperationsprojekten werde häufig noch nicht offen genug über eigene, subjektive Motive und Begründungen für ein Angebot kommuniziert. Hintergrund sei oftmals das Bewusstsein dafür, dass die eigenen Annahmen und Vorstellungen nicht mit jenen von Kooperationspartner_innen übereinstimmen könnten. Um die Offenlegung dessen zu vermeiden ist es nicht selten gängige Praxis, zunächst stillschweigend davon auszugehen, dass zwei Kooperationspartner_innen gleiche methodische Vorgehensweisen bevorzugen und gleiche Ziele verfolgen. Oftmals stellt sich jedoch im Verlauf eines Projektes heraus, dass dies gar nicht der Fall ist. Ein Projekt zu offerieren, das nicht den eigenen Überzeugungen oder der Arbeitsweise entspricht, kann jedoch niemals sein volles Potenzial entfalten und geradezu als Vergeudung von Ressourcen betrachtet werden. Ein offener und aufrichtiger Austausch hinsichtlich der persönlichen Vorstellungen aller Projektverantwortlichen ist daher ungemein wichtig. Auch die Bereitschaft, mit Kooperationspartner_innen gemeinsame Standpunkte auszuhandeln,

hinter denen jede_r stehen kann, gilt es daher für die Zukunft verstärkt in den Blick zu nehmen.

3. Wie gestalten wir Aushandlungsprozesse? Welche Ressourcen werden benötigt? Welche Rolle spielen hierbei öffentliche Diskurse?

Zusammenfassung

- Aushandlungsprozesse sollten mit Kolleg_innen und mit Vertreter_innen der Zielgruppe stattfinden, um Perspektiven zu erweitern und die eigenen Annahmen und Vorstellungen zu reflektieren
- Jede/r hat seine/ihren „dunklen Flecke“, diese sind nicht zwangsläufig negativ zu sehen, es ist aber wichtig, sich dessen bewusst zu sein
- Auch Fachkräfte der Sozialen Arbeit reproduzieren Stereotype
- Fachkräfte der Sozialen Arbeit unterliegen vielfachen Bedingungen: doppeltes Mandat, rechtliche Rahmenbedingungen, Förderbedingungen
- die Zusammenarbeit mit den Medien ist stärker zu fokussieren
- der öffentliche Diskurs hat einen entscheidenden Einfluss

Gestaltung des Aushandlungsprozesses

Konzepte sollten im Idealfall gemeinsam mit Kolleg_innen, anderen Institutionen und den Vertreter_innen der Zielgruppe selbst konzipiert werden, um eine Perspektiverweiterung zu ermöglichen, eigene Annahmen und Vorstellungen und somit die eigenen „dunklen Flecken“ zu reflektieren. Schwierig wird der Aushandlungsprozess immer dann, wenn ein hohes Konfliktpotenzial besteht und – wie beispielsweise im Falle des Frauenschwimmens – die Konfrontation mit eher unsachlichen, emotionalen und vorbehaltsgesprägten Diskursen bewältigt werden muss. Im Fokus des Interesses sollte stehen, wie Prozesse so gestaltet werden könnten, dass leichter ein Konsens zu finden ist. Inwiefern dies jedoch generell als Ziel definiert wird oder ob zumindest in Einzelfällen auch ein kritischer Diskurs eingeplant sein darf, bleibt zu hinterfragen. Ebenso ist manchmal Pionierarbeit zu leisten. Dies erfordert oftmals Stärke, Mut und Durchhaltevermögen.

Reproduktion von Stereotypen

An der kritischen Reaktion auf das Frauenschwimmen kann der gesamtgesellschaftliche Tenor abgelesen werden. Auch Professionelle der Sozialen Arbeit reproduzieren daher

häufig ebenso bestimmte Zerrbilder und Stereotypen mit. Vor allem die mediale Berichterstattung über Migrant_innen ist nach wie vor ein großes Problem und fokussiert weiterhin Themen wie Sozialmissbrauch, Kriminalität und Extremismus.

Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen, in denen Fachkräfte tätig sind, sind vielseitig: beispielsweise das doppelte Mandat, die rechtlichen Rahmenbedingungen, die Position der Sozialen Arbeit in der Gesellschaft sowie Bedingungen von Förderprogrammen. Alle diese fließen - bewusst und/oder unbewusst - auch in Aushandlungsprozesse mit ein.

Öffentlichkeitsarbeit/Kooperation mit Medien

Betrachten wir die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse, die sich auch in den Medien widerspiegeln, kann auch dies eine Erklärung für die Kritik an der Initiierung des Angebotes „Frauenschwimmen“ sein. Bestimmte Gruppen sind in den Medien bisher noch kaum repräsentiert – dies wirkt sich merkbar auch auf Berichterstattungen aus, dabei ist die Berichterstattung ein weiterer Baustein in der Produktion und Reproduktion von Bildern über Personen und Sachverhalte. Es ist daher elementar wichtig, an verinnerlichten Bildern von bestimmten Menschen und Gruppen zu arbeiten und stellt eine wesentliche Aufgabe für die Zukunft, insbesondere auch im pädagogischen Bereich, dar.

Die Rollen des öffentlichen Diskurses

Im Diskurs um das Thema „Frauenschwimmen“ sind drei wesentliche Aspekte bzw. Differenzkategorien enthalten: Gender, Migration und Religion. Die meisten Reaktionen haben jedoch in erster Linie hinsichtlich der Religion gegeben. Wie also kann ein nicht länger reaktiver, sondern proaktiver Diskurs diesbezüglich gestaltet werden, um Bilder und Vorstellungen erfolgreich aufzubrechen - wohl wissend, dass die Konfrontation mit diversen Ismen vermutlich nicht verhindert werden kann?

„Der“ Islam ist zu einem Feindbild geworden und entsprechend stigmatisierend wird über Muslim_innen gesprochen. Die zahlreichen Möglichkeiten des Zugangs, der Hintergründe und vor allem auch die persönliche Relevanz des Glaubens für einzelne Individuen werden dabei oftmals völlig außer Acht gelassen. Es stellen sich den Teilnehmer_innen daher die Fragen, wie man damit umgehen kann und wie man überdies Angebote entwickeln könne, um den scheinbar stagnierten, sehr vereinfachten Diskurs komplexer und differenzierter zu gestalten.

Als Handlungsoption kommt die Idee einer verstärkten Suche nach Gemeinsamkeiten zwischen Christentum und Islam auf. Natürlich dürfen Differenzen nicht ignorieret werden,

allerdings sollte der Fokus viel stärker auf „verbindende“ Elemente gerichtet werden als dies bisher der Fall ist. Es wird kritisch hinterfragt, ob es wirklich primär darum gehe, dass nicht genug Kenntnisse über Gemeinsamkeiten bekannt seien. Der Rassismus ist durch einen Kulturrassismus ersetzt worden, d.h. Rassismus ist weniger an phänotypischen Merkmalen festzumachen, sondern an „eine“ Kultur (die wiederum an einer bestimmten Herkunft verknüpft wird), die als frauenfeindlich, gewaltverherrlichend, unterentwickelt usw. stigmatisiert wird. Solange dieser Mechanismus nicht erfolgreich aufgebrochen wird, ist es äußerst fragwürdig, ob reine Kenntnisse über Gemeinsamkeiten positive Veränderungen bewirken können.

Ausblick

Dieser Fachdialog diente zum Austausch über die verschiedenen Kategorien; eine Vertiefung zu ausgewählten Themenbereichen soll im September erfolgen.

Folgende Fragestellungen sind dabei von den Teilnehmenden genannt worden:

- **Offenheit:** Wer definiert „Offenheit“? Wo liegen die Grenzen, z. B. für den/die Einzelne_n? Wie stark wirken äußere Einflüsse? Wie sehr sind sich Fachkräfte ihrer Wahrnehmungsinterpretationen bewusst? Wie gelingt es erfolgreich, „Projektionen“ erkennen, beleuchten und transformieren zu lernen?
- **Konfrontationen** mit sogenannten „Stammtischparolen“: Trotz teils umfassender theoretischer Kenntnisse kommt es zuweilen zu Überforderungs- oder gar Ohnmachtsempfinden, wie also auf verallgemeinernde, pauschal verurteilende und vor allem stark emotional gefärbte Aussagen „angemessen“ reagiert werden kann. (Wie) gilt es, sich auf derlei Auseinandersetzungen einzulassen?
- **Machtverhältnisse:** Wer definiert „Macht“ auf welche Weise? Welche Macht hat Politik? Welche komplexen Machtverhältnisse sollten hinsichtlich einer nachhaltigen Integrationspolitik hinterfragt werden? Welche Zugänge zu oder Ausschlüsse von Privilegien gilt es zu thematisieren und infrage zu stellen? Wer (re)produziert dominante Machtverhältnisse?
- **Medien:** Wo bestehen wichtige Zugänge zu den Medien? Welche Anforderungen und Voraussetzungen können für eine gelingende Zusammenarbeit ausgemacht werden? Wie kann eine enge Vernetzung aussehen/welche Strukturen bieten sich an? Welche Repräsentant_innen können zu welchen Themen als Kooperationspartner_innen unterstützen? Welche potenziellen Hemmnisse und Widerstände können auftreten?

6. September 2013

Vertiefungsworkshop

**Gestaltung von Angeboten und (Re-)Produktion von
Stereotypen in der Sozialen Arbeit**

Thematischer Einstieg

Das Konzept der „Differenzsensibilität“ ist eine interessante Methode, um sich zum einen mit Dominanz- und Machtstrukturen auseinanderzusetzen und zum anderen die eigene Arbeit hinsichtlich eigener Normalitätsvorstellungen und Fremdzuschreibungen zu reflektieren und zu gestalten.

Konzept der Differenzsensibilität

Im Zentrum des Konzeptes der differenzsensiblen Arbeit steht der Anspruch, *Differenzen aufmerksam wahrzunehmen, sie aber nicht als statische Merkmale festzuschreiben*. In diesem Sinne wird von jedem Menschen neben Toleranz für Ambivalenzen auch stets eine konkrete Prüfung des von ihm Wahrgenommenen gefordert: Wo existieren wirklich relevante Differenzen und welche Differenzen besitzen hingegen faktisch keine Relevanz für Personen?

Zu diesem Zweck ist ein Blick auf den einzelnen Menschen als Individuum unerlässlich: Welche Aspekte sind tatsächlich relevant für einen bestimmten Menschen? Für viele Personen sind ganz andere Dinge relevant als man auf den ersten Blick womöglich vermuten könnte. Beispielsweise kann für Jugendliche der eigene Migrationshintergrund kaum relevant sein, während das eigene Hobby (z.B. Spaß am Motorradfahren etc.) oder die Schulbildung (Abitur, das geschrieben werden muss etc.) eine überaus hohe Wichtigkeit besitzen können und daher im subjektiven Empfinden des Einzelnen ganz klar im Vordergrund stehen.

Der Blick von außen kann jedoch dazu führen, dass die Relevanz eines Merkmals wie etwa des Migrationshintergrundes, das zunächst ganz natürlich im komplexen Selbstbild einer Person integriert ist und gar nicht im Vordergrund steht, plötzlich in einen Rang erhoben wird, den die Person selbst diesem Merkmal niemals gegeben hätte. Dieses Phänomen der Betonung eines bestimmten Merkmals (z.B. Migrationshintergrund, religiöse Zugehörigkeit, Geschlecht, sexuelle Orientierung, körperliche Fähigkeiten etc.) unterwirft viele Menschen einer permanenten Zuschreibung von außen, die sie häufig nach einer Weile in ihr Selbstbild integrieren. Hier wird deutlich, wie wichtig es ist, Menschen nicht unter einem bestimmten Merkmal, sondern in der ihnen eigenen, facettenreichen Vielschichtigkeit in den Blick zu nehmen.

Die Aufmerksamkeit auf den Migrationshintergrund ist ebenso wichtig in den Blick zu nehmen wie das Geschlecht, Alter, Religion, sexuelle Orientierung.

Religion wird häufig in Diskursen mit Nationalität gleichgesetzt, was faktisch unhaltbar ist, da es auch unter Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft zahlreiche Nichtgläubige sowie

Anhänger_innen des buddhistischen, muslimischen, jüdischen (usw.) Glaubens gibt. Das beschriebene Phänomen hat etwas mit Zuschreibungen, mit Bildern zu tun. Die Religion steht schließlich in keiner Weise mit der Nationalität eines Menschen in Zusammenhang. Diese Wahrnehmung ist geprägt von starr vorherrschenden Diskursen, in denen gewisse Bilder reproduziert werden. Es ist für Fachkräfte der Sozialen Arbeit daher entscheidend, immer im Blick zu haben, dass auch sie selbst stets Bilder reproduzieren. Von Vorurteilen kann sich kein Mensch freisprechen, entscheidend ist jedoch eine Sensibilisierung, damit die eigene Reproduktion dieser Vorurteile zumindest reflektiert wird.

Im Rahmen der Sozialen Arbeit werden oftmals Angebote und Förderprogramme gestaltet, die sich an einem ausgewählten Merkmal festmachen – immer davon ausgehend, dass jenes Merkmal eine Gruppe konstituiert und für die betreffende Gruppe das vorherrschende Merkmal ist, das meist auch mit gewissen Defiziten verbunden ist. Soziale Arbeit orientiert sich an Differenzen und thematisiert soziale Missstände. Die Schlüsse, die sich daraus ergeben, sind häufig sehr kritisch zu betrachten und oftmals – sofern sie nicht gut reflektiert sind – auf gesellschaftlichen Haltungen und Zuschreibungen aufgebaut. Es geht nicht darum, Vorwürfe zu formulieren, sondern den Mechanismus zu erkennen und zu durchbrechen.

Das Individuum als vielschichtige Persönlichkeit

Im Diversity Management gibt es hinsichtlich der erwähnten, von außen herangetragenen Zuschreibungen des Andersseins ein Modell, welches Menschen quasi als eine Art vielschichtige „Zwiebel“ auffasst, die von einer Vielzahl an Eigenschaften, Merkmalen, Hobbies, Familie, Bildungsgeschichten usw. geprägt sind.

Im Hinblick auf die Existenz sozialer Schieflagen und soziales Prekariat bedeutet dies somit auch, dass genau untersucht werden muss, worin die Hintergründe und Ursachen zu suchen sind. Ist es die Migration? Oder sind es doch vielmehr die sozialen Lagen? Zu beachten ist hier die große Anzahl der Aspekte, die Lebenswelten prägen. Der Blick, der sich häufig nur auf ein einziges Merkmal – wie beispielsweise den Migrationshintergrund – fokussiert, vermittelt dann den fehlerhaften Eindruck, dass soziale Schieflage der Migration geschuldet sei. Dass sich in bestimmten sozialen Lagen überwiegend Migrant_innen finden lassen, hat jedoch weniger mit den Personen an sich zu tun als vielmehr mit der Migrationsgeschichte in Deutschland. Kernthema ist also nicht das Thema Migrant_innen, sondern das Thema soziale Lagen. In diesem Zusammenhang erscheint es daher von großer Wichtigkeit zu schauen, auf welche Weise diese Thematik diskutiert werden kann, ohne den Diskurs in ein Anderssein verfallen zu lassen.

Othering – Konstruktion von Andersheit

Der Begriff des sogenannten othering beschreibt die Differenzierung oder Distanzierung zu anderen Personen und Gruppen, oftmals auch im Zusammenhang zu Menschen aus anderen Kulturen. Es existieren generell sowohl idealisierende als auch diskriminierende Übertreibungen der Andersheit. In den Sozialwissenschaften wird der Begriff dem Ansatz nach in nicht wertender Weise für das Definieren einer einzelnen Person oder ganzen Gruppe mittels einer kontrastiven Unterscheidung von einer anderen Person oder anderen Gruppe gebraucht. Fast unvermeidlich kommt es dabei jedoch meist zu Übertreibungen, insbesondere wenn ein Kontrast möglichst deutlich hervorgehoben werden soll. Auch schleichen sich Bewertungen ein, wenn die Unterscheidungen mit einander entgegengesetzten Eigenschaften vorgenommen werden, von denen eine Eigenschaft positiv markiert wird und ihr Gegenteil negativ. Zu einer unausgewogenen Beschreibung kommt es zudem meist schon darum, weil bei diesem Typus der „kontrastiven Identifikation“ insbesondere von jenen Aspekten abgesehen wird, die beiden Personen oder Gruppen gemeinsam ist.

Personen werden in diesem Sinne von außen zu Anderen, bzw. Andersartigen gemacht, obwohl sie sich selbst häufig zunächst als zugehörig empfinden. Das Fatale ist, dass dieser Blick von außen das eigene Empfinden in enormer Weise und sehr nachhaltig zu prägen vermag. So kann beispielsweise eine Person, die in Deutschland geboren und aufgewachsen ist und sich (zunächst) eigentlich als zugehörig empfindet, durch permanente Hinweise auf den Migrationshintergrund in ihrem Selbstbild verunsichert und irritiert werden. Bereits bei Kindern können derartige Prozesse beispielsweise durch Fragen wie etwa „Wo kommst du denn her?“ oder „Was kocht man denn bei euch?“ etc. in Gang gesetzt werden.

In Annäherung an den Ansatz des othering zeigt sich daher auch, wie zentral die Suche nach tatsächlich relevanten Hintergründen, die für Benachteiligungen (soziale Schieflagen, Diskriminierungserfahrungen) verantwortlich sind, eingeschätzt werden muss. Zu überprüfen ist außerdem, wie damit umzugehen ist und welche Angebote gestaltet werden könnten, um derartige Benachteiligungen (also nicht die von außen vermuteten, sondern die tatsächlich relevanten!) nach Möglichkeit aufzulösen. Eine erste große Schwierigkeit stellt hierbei oftmals bereits das Erkennen dieser tatsächlichen Benachteiligungen dar, welches große Reflexionsfähigkeit von den Fachkräften verlangt.

„Doing difference“

Das Konzept „doing difference“ ist eine wissenschaftliche Analyse der Herstellung sozialer Differenzkategorien. Die Reproduktion solcher Unterschiede geschieht – oft unbewusst – tagtäglich, indem z. B. Geburtsanzeigen für Jungen in hellblau und jene für Mädchen in rosa

gestalten werden. Dies entspricht einer meist unhinterfragten Norm, der sich die große Mehrheit angesichts der beobachtbaren, „gängigen Praxis“ beugt. Auch im Kontext KiTa geschehen solche Reproduktionen häufig, z. B. wenn vom sogenannten „Hautfarbe-Stift“ gesprochen wird. Auch hier wird ganz klar ein bestimmtes Bild von Normalität in Bezug auf die helle Farbe reproduziert. In diesem Fall geschehe dies häufig völlig unreflektiert, bewirke aber, dass alle anderen Farben nicht als „normale“ Hautfarbe definiert werden. Ferner werden vor allem auch in der Werbung Unterschiede und Stereotype reproduziert, indem ganz bewusst bestimmte Bilder genutzt werden. In der Werbung des Online-Versandhandels „Zalando“ wird der hauptsächliche Lebensinhalt von Frauen beispielsweise in Form von diverser Bekleidung, bzw. der Anschaffung derselben dargestellt. Auch wird als gängige Familienform i.d.R. das Modell „Mutter, Vater, zwei Kinder“ gewählt. Repräsentationen behinderter oder homosexueller Eltern müssen hingegen in den Medien meist vergeblich gesucht werden.

Auf diese Weise werden neben den vermeintlichen Unterschieden auch immer Bewertungen (richtig und falsch) reproduziert. Die – oftmals unreflektierte – Reproduktion bestimmter Stereotypen führt schließlich dazu, dass sich diese stetig verfestigen.

Aus diesem Grund ergibt sich die große Bedeutsamkeit für Akteur_innen der Sozialen Arbeit, bei der Ausgestaltung von Projekten immer wieder einen Schritt „zurück zu treten“ und zu reflektieren, welche Stereotypen womöglich reproduziert werden.

Kollegiale Beratungsrunde

Eine Teilnehmerin bringt einen Fall ein, der mit der Methode der „Kollegialen Beratung“ besprochen wird.

Der Fall: Es handelt sich um ein pädagogisches Angebot, welches sich an alle Schüler_innen richtet und sich an einem gemeinsamen „Wir“ orientiert. Die Schüler_innen sind in ihrem Klassenraum und sitzen in Tischgruppen zusammen; das Thema ist beispielsweise Mathematik. In Tischgruppengesprächen wird kommuniziert, was die Schüler_innen in ihrer Klasse gut finden und was sie ggf. verändern möchten. Es werden häufig unterrichtsbezogene Aussagen vorgebracht, die z.B. mögliche Vorurteile der Lehrer_innen gegenüber Schüler_innen betreffen können (Beispiel: „Der Lehrer habe Vorurteile und behaupte, dass ein_e Schüler_in ohnehin niemals Mathe lerne und sich diese_r daher die Mühe sparen könne“) oder auch Konflikte zwischen einzelnen Schüler_innen (Beispiel: Wenn X immer während des Unterrichts redet, kann Y den Erklärungen der Lehrer_innen nicht folgen). Zum Teil werden auch private Problematiken besprochen (Beispiel: Ein_e Schüler_in hat – z. B. wegen schlechter schulischer Leistungen – schlimmen Streit mit den Eltern und fühlt sich von diesen massiv unter Druck gesetzt und

missverstanden). Hintergedanke dieser Tischgruppengespräche ist der Anspruch, als Lerngruppe Konflikte offen zu diskutieren und auf positive Weise auszutragen (Ich-Botschaften gebrauchen, Verzicht auf Schimpfwörter usw.). In jüngster Vergangenheit häufen sich in diesem Rahmen jedoch Konfrontationen mit diskriminierenden Aussagen, in denen zumeist die Nationalität zum Thema gemacht und für eine hierarchische Besser-, bzw. Schlechterstellung missbraucht wird.

Wie sollte mit derartigen Äußerungen umgegangen werden? Wie sollte von Seiten der Schulsozialarbeiter_innen ggf. darauf reagiert werden? Welche Ursachen könnten vermutet werden? Wie ließe sich evtl. erreichen, dass Zuschreibungen und Bewertungen aufgebrochen werden? Wie ließe sich evtl. eine Annäherung an diese Fragestellungen unter dem Gesichtspunkt eines differenzsensiblen Zuganges erreichen? Welche Differenzen könnten hier (tatsächlich) wirken? Und auf welcher Ebene (gesellschaftlich, individuell etc.) sind diese Differenzen einzuordnen? Warum ist das Projekt, das bewusst auf die Stärkung des Gruppenzusammenhalts abzielte und nicht auf einzelne Merkmale fokussiert war, so völlig anders verlaufen als geplant?

Ideen, Anregungen und Vorschläge der Gruppe:

- **Hinterfragen der eigenen Identität**, Heimat und Kultur; Wenn man sich der eigenen Identität sicher ist, ist es einfacher, sich zu öffnen. (Vielen Personen fällt es einfacher eine eigene Identität zu finden, weil sie nicht in so viele Konflikte gestürzt werden als andere)
- Kinder sind leicht manipulierbar; je größer die Gruppe, desto mehr potenzielle Anhänger_innen einer Idee kann es geben. Vorschlag: **Gruppe neu zusammensetzen?**
- Es ist wichtig, dass sich jede Person mit etwas identifiziert. Wenn sich Unterschiede dann massiv gegenüberstehen ist dies möglicherweise (abgesehen von der Wortwahl) gar **nicht als schlimm zu bewerten?** Vielleicht **unterstützt eine nationalitätshomogene Gruppe die Identitätsbildung** der einzelnen Jugendlichen? An der Streitkultur müsse man ohne Frage grundsätzlich arbeiten, aber an der Tatsache, dass sich die Jugendlichen in Gruppen differenzieren, müsse man womöglich gar nichts ändern.
- Eine **neue, gemeinsame Identität schaffen**, indem man z. B. andere Medien anbietet, mit denen die Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft mit Talenten arbeiten können und sich so gegenseitig auf eine neue Art und Weise erleben. Wichtig ist hierbei, dass derartige Schauspiele oder Tänze nicht wieder in einen Wettstreit ausarten. Es soll um gemeinsame (!) Gestaltung gehen. Über medienpädagogische Angebote (Theater, Hip-Hop, Musik etc.) werden die einzelnen Gruppen neu zusammengesetzt und ein neues, anderes Setting hergestellt. Ziel: Menschen in ihren Kompetenzen und ihrem Charakter

erleben und eben nicht mehr nur auf die Nationalität reduziert. Auf den Punkt gebracht: Einen „gemeinsamen Nenner“ finden!

- Grundgedanke: Störungen haben stets Vorrang. In dem Moment, in dem derartige Sprüche fallen, sollten diese auf keinen Fall ignoriert werden, da sie ansonsten ungehindert wirken können und sich verfestigen. Deshalb ist es wichtig, die **reproduzierten Bilder aufzugreifen und das Gesagte (nicht belehrend) zu thematisieren**. Paradoxe Intervention als große Chance, indem z. B. alle Schüler_innen nur noch nach dem Lieblingsessen benannt werden. Nachfragen: Was hat die Schüler_innen gerade geärgert? Was ist gerade passiert, dass sie mit einer Beleidigung reagieren mussten? Wo kommen diese Bilder her? Ganz wichtig: Sofortiges, konkretes Aufgreifen innerhalb der Situation!
- Je nach Thema und Struktur eher keine Empfehlung für nochmaliges Aufgreifen oder stärkere Thematisierung.

Vorschlag: **Erlebnispädagogik nutzen!** Es gibt im Rahmen der Erlebnispädagogik zahlreiche unterschiedliche Methoden, um Ziele gemeinsam zu erarbeiten. So werden beispielsweise Kooperationsübungen angeboten, die nur in der Gruppe gelöst werden können. Auf diese Weise können neue Perspektiven entstehen, um Gewohnheiten zu überdenken und neue Sichtweisen zuzulassen. Durch die gemeinsamen Erlebnisse und gemeisterten Herausforderungen können außerdem das Gemeinschaftsgefühl von Gruppen gestärkt und die Persönlichkeitsentwicklung des Einzelnen gefördert werden.

Weiterführende Informationen sind beispielsweise beim „Erlebnispädagogischen Zentrum Saar“ unter www.epz-saar.de verfügbar oder per E-Mail an epz-saar@iph.saarland.de zu erfragen.

Resümee

- (1) Menschen sind als komplexe, **vielschichtige Persönlichkeiten** in den Blick zu nehmen und zu beachten, damit niemand auf ein einziges Merkmal reduziert werden kann.
- (2) Gruppen und Einzelpersonen sollten stets in ihrer **Komplexität** und in dem Wissen um viele Zugehörigkeiten jeder Person betrachtet werden.
- (3) Auf der anderen Seite sollten jedoch auch **gesellschaftliche Dimensionen** integriert werden, die zu **Benachteiligung oder Privilegien** führen. Wenn Letzteres nicht geschieht, besteht die Gefahr, gesellschaftliche Realitäten zu vernachlässigen, die dafür sorgen, dass bestimmte Merkmale zu Benachteiligungen und Diskriminierungen werden und dass gewisse Machtstrukturen weiterhin bestehen bleiben. Im Bereich Gender lasse sich diesbezüglich z.B. in der Wirtschaft noch immer eine große Dominanz des männlichen Geschlechts ausmachen. Ohne die Arbeit mit Quoten

würde die (in diesem Fall männliche) Mehrheit, die die Macht besitzt, mit großer Wahrscheinlichkeit nichts an ihrer Machtposition verändern. Der Machtbesitz wird hier als völlig selbstverständlich und gänzlich normal definiert und empfunden. Dieser Aspekt dürfe auch beim Modell der Differenzsensibilität nicht außen vor gelassen werden. Als hellhäutiger Mensch habe man z.B. das Privileg, sich mit dem Thema Hautfarbe meist nicht auseinandersetzen zu müssen. Hellhäutige Menschen – so die Hypothese der Moderatorin - werden i.d.R. nie gefragt, warum sie denn so gut deutsch sprechen, d.h. sie werden meist niemals auf dieses eine Merkmal der Hautfarbe reduziert werden. Daher falle auch die Auseinandersetzung mit diesem Thema (in Europa) meist völlig weg.

- (4) Es existieren gesellschaftliche Verhältnisse, die mit **Definitionsmacht** zu tun haben: Was ist normal, was ist nicht normal? Wer ist zugehörig, wer ist nicht zugehörig? Wer darf sich „wir“ nennen und wer nicht? Es soll nicht vernachlässigt werden, dass diese gesellschaftlichen Verhältnisse existieren, schließlich sind sie ausschlaggebend dafür, welche Chancen ein Mensch hat – oder eben nicht hat.
- (5) Auch Strukturen sind von solchen **gesellschaftlichen Machtverhältnissen** beeinflusst: Wer hat wo Zugang? Wie sind die Öffnungszeiten? Wer kann sich innerhalb eines Gebäudes bewegen? All diese Aspekte sind von gewissen Normen und von einem gewissen Bild von Normalität geprägt. Für Fachkräfte der Sozialen Arbeit ist es daher im Sinne der Differenzsensibilität wichtig, derartige Sachverhalte im Blick zu haben und zu bedenken, dass auch Aussagen von Migrant_innen auf einem Selbstbild beruhen, welches durch den öffentlichen Diskurs sowie durch Macht- und Zugehörigkeitsverhältnisse geprägt ist.

13. September 2013

Vertiefungsworkshop

Mediale Berichterstattung und Zusammenarbeit

Referent:

**Johannes Kloth,
Redakteur bei der
Saarbrücker
Zeitung**

Thematischer Einstieg

Der Einstieg erfolgt mit ausgewählten Zeitungsartikeln, die nach folgenden Aspekten gelesen werden sollen

- a) Welche Merkmale sind herausgearbeitet?
- b) Stellen diese Merkmale wichtige Informationen für den Artikel dar?
- c) Werden die genannten Merkmale als positiv, neutral oder negativ bewertet?

1) Artikel: „**Polizei sucht brutalen Schläger**“¹

Zitat: „(...) Nach Zeugenaussagen ist der Gesuchte etwa 1,80 Meter groß, hat schwarze, kurze Haare und eine schlanke muskulöse Figur. Nach den Zeugenaussagen soll es sich um einen Mann ausländischer, möglicherweise türkischer Herkunft handeln.“ (vgl. BR 2013).

Anmerkungen der Teilnehmer_innen: Die Arbeitsgruppe ist sich hinsichtlich der Wahrnehmung der oben zitierten Textpassage zunächst uneinig: Ein Teil der Gruppe empfindet es als diskriminierend, dass im vorliegenden Fall vom Aussehen des Täters auf seine mutmaßliche Nationalität geschlossen wird. Derartige Schlussfolgerungen reproduzieren Vorurteile und Stereotype, so die Meinung einer Teilnehmerin.

Ein anderer Teil der Gruppe beurteilt die vorgestellte Passage als legitim, da nicht eindeutig belegbar sei, dass Rückschlüsse hinsichtlich der Nationalität des Täters lediglich aufgrund seines äußeren Erscheinungsbildes gezogen wurden. Möglicherweise – so die Hypothese einer Teilnehmerin – habe der Täter türkisch gesprochen und sei daher von den Zeug_innen als Mann türkischer Herkunft beschrieben worden. Zudem steht im Artikel lediglich, dass es sich „möglicherweise“ um einen Mann türkischer Herkunft gehandelt haben „soll“. Diese Wortwahl lasse auch andere Schlüsse zu. Solange es Indizien dafür gebe, dass türkisch gesprochen wurde – auch wenn dies so nicht explizit im Artikel stehe – sei es ihrer Ansicht nach daher durchaus zulässig, dies auch in der entsprechenden Fahndungsmeldung zu erwähnen.

Die gesamte Arbeitsgruppe stimmt jedoch überein, dass der kritische, letzte Satz des Artikels überflüssig ist, wenn die darin erwähnte Nationalität des Täters ausschließlich aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes angenommen wurde und es sich daher um eine Mutmaßung handelt.

¹ siehe Anhang 1: Quelle: Bayrischer Rundfunk (27.07.2013). Polizei sucht brutalen Schläger. Online-verfügbar unter: <http://www.br.de/nachrichten/oberfranken/hof-gremer-versuchter-totschlag-100.html>.

2) Artikel „Schmuckdiebe kommen mit Bewährung davon“²

Anmerkungen der Teilnehmer_innen: Eine Teilnehmerin schildert ihren Eindruck, dass der Migrationshintergrund im Zusammenhang mit Straftaten in den Medien nach wie vor zu häufig genannt werde, obwohl es in vielen Fällen keinen erkennbaren Anlass für die Erwähnung desselben gebe. Im Falle von positiven und prestigeträchtigen Anlässen wie etwa sportlichen Erfolgen von Personen mit Migrationshintergrund finde der Aspekt des Migrationshintergrundes hingegen oftmals keine Erwähnung. In diesen Fällen röhmt sich die jeweilige Stadt oder Gemeinde mit den berühmten Einwohner_innen, bzw. bekannten und berühmten „Söhnen und Töchtern der Städte“. Diese Beobachtung weise nach Ansicht der Teilnehmerin nach wie vor auf Diskriminierungen hin.

Anmerkung: Beide Artikel sind von der Polizei an die Presse herausgegeben worden, dabei werden Merkmale und Beschreibungen gerade bei der Suche nach Täter_innen mitaufgenommen. Beide Artikel wurden beim Deutschen Presserat³ eingereicht – nach Prüfung durch den Presserat und einer möglichen „Rüge“, muss diese entsprechend gedruckt werden.

Geprüft werde vom Presserat stets, inwiefern Artikel gegen den deutschen Pressekodex verstößen. Dieser Pressekodex enthalte vom Presserat empfohlene Richtlinien für die publizistische Arbeit. Ziffer 12 des Pressekodexes befasst sich beispielsweise explizit mit Richtlinien bezüglich Diskriminierungen: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.“ (vgl. Deutscher Presserat 2013, S. 17). Im Sinne der angeschlossenen Richtlinie 12.1 „Berichterstattung über Straftaten“ soll die Zugehörigkeit von Verdächtigen oder Täter_innen zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten lediglich dann Erwähnung finden, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein sogenannter „begründbarer Sachbezug“ besteht (vgl. ebd.). Ob ein solcher begründbarer Sachbezug vorhanden ist, werde im Einzelfall vom Beschwerdeausschuss überprüft.

Die vorgestellten Polizeimeldungen wurden beide beim Presserat mit der Begründung des Verstoßes gegen Ziffer 12 zur Prüfung eingereicht. Das Gremium entschied im ersten Fall (Artikel „Polizei sucht brutalen Schläger“), dass die Beschwerde unbegründet sei, da Fahndungsaufzüge der Polizei mit allen bekannten Merkmalen des männlichen Täters

² siehe Anhang 2: Quelle: Pforzheimer Zeitung (02.09.2011). Schmuckdiebe kommen mit Bewährung davon. Online-verfügbar unter: http://www.pz-news.de/nachrichten_artikel,-Schmuckdiebe-kommen-mit-Bewaehrung-davon-_arid,291139.html.

³ Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle der Presse in Deutschland; weiterführende Informationen online-verfügbar unter: <http://www.presserat.info/>

uneingeschränkt zu veröffentlichen seien. Darüber hinaus werde nur an einer einzigen Stelle in dieser kurzen Beschreibung auf die vermutete türkische Herkunft des Täters hingewiesen, weshalb keine diskriminierende Wirkung nach Ziffer 12.1 ausgemacht werden könne: Weder wird mehrfach auf die Nationalität hingewiesen, noch in anderer Art und Weise diskriminiert. Ein einmaliger Fahndungsaufschrei der Polizei kann demnach die Nennung der Nationalität aus Sicht des Presserates ausreichend begründen.

Nachfrage einer Teilnehmerin: Die Redakteur_innen sind verantwortlich für die Inhalte der eigenen Artikel und müssen die Richtlinien des deutschen Pressrates kennen. Ist es im Alltag tatsächlich so, dass den Redakteur_innen dieser Aspekt auch bewusst ist?

Auskunft des Experten: In der Regel sei den Redakteur_innen dieser Umstand durchaus sehr bewusst und die meisten Autor_innen daher auch überaus bemüht, die Richtlinien des Pressrates nach bestem Wissen und Gewissen zu befolgen. Allerdings gebe es auch immer wieder negative Beispiele zu entdecken, bei denen trotz Kenntnis der Richtlinien keine Beachtung derselben stattfinde.

Der zweite Artikel („Schmuckdiebe kommen mit Bewährung davon“) wurde hingegen wegen fehlenden begründbaren Sachbezugs vom deutschen Presserat als Verstoß gegen Ziffer 12 gewertet. Mit der Begründung, die Nennung der Ethnie der beiden Angeklagten im vorgestellten Artikel sei dazu geeignet, Vorurteile gegenüber Migrant_innen, bzw. Menschen mit Migrationshintergrund zu schüren oder zu verstärken, wurde daher eine Missbilligung ausgesprochen.

3) Artikel: „Wagenburg auf Celler Schützenplatz verunsichert Touristen“⁴

Anmerkungen der Teilnehmer_innen: Der gesamte Artikel sei mit Wörtern versehen, die suggerieren, dass das Vorhandensein der Wohnwagen der Sinti und Roma auf dem Campingplatz „unnormal“ sei. Dabei stellt sich die Frage, inwiefern sich Besucher_innen voneinander unterscheiden: Alle bleiben für einige Tage und reisen wieder ab. Die Unterscheidung in einerseits Touristen_innen und Urlauber_innen und andererseits in unwillkommenen Besuch (Sinti) erscheint den Workshop-Teilnehmer_innen daher fragwürdig. Die im Artikel zitierten Schilderungen von Camper_innen, deren Aussagen zufolge Müll zurückgelassen und Gebüsche als Toiletten benutzt worden seien, bewerten die Teilnehmer_innen als unobjektiv. Es werde erkennbar mit Projektionen gearbeitet und viel suggeriert, u. a. dass die Sinti eine schädigende Wirkung auf den städtischen Tourismus haben könnten.

⁴ siehe Anhang 3: Quelle: Cellesche Zeitung (29.04.2012). Wagenburg auf Celler Schützenplatz verunsichert Touristen. Online verfügbar unter: <http://www.cellesche-zeitung.de>

Anmerkung des Experten: Dieser Artikel ist ebenfalls als Beschwerde beim Presserat eingegangen und hinsichtlich eines Verstoßes gegen Ziffer 12 überprüft worden. Der Presserat stellte keinen Verstoß fest und wies die Beschwerde – wenn auch nach einer kontroversen Diskussion innerhalb des Beschwerdeausschusses – als unbegründet zurück. Die Mehrheit des Ausschusses war letztlich der Ansicht, dass aufgrund des öffentlichen Interesses berichtet werden durfte. In diesem Zusammenhang könne auch mitgeteilt werden, dass es sich bei den Menschen, die sich auf dem Platz niedergelassen haben, um eine Gruppe Sinti handelt. Daher sei hier keine Diskriminierung auszumachen. Die Redaktion lässt ebenfalls eine Vertreterin der Stadt zu Wort kommen, die mit den Sinti keinerlei Probleme verbindet. Intensiv und kontrovers diskutiert wurden von den Ausschussmitgliedern vor allem die im Artikel ersichtlichen Hinweise auf verunsicherte Tourist_innen und die Darstellung eines Ehepaars, dessen negative Erfahrungen geschildert wurden. Diese Aussagen führen jedoch nach Ansicht des Ausschusses nicht zu einer Diskriminierung, sie stellen vielmehr eine Facette dar, die ebenfalls zu einer gründlichen Berichterstattung gehören.

Beitrag einer Teilnehmerin: Es wird kritisiert, dass der Artikel durch die einseitige (negative) Ausrichtung lediglich ein negativ anmutendes Bild des Besuches der Sinti zeichne. Wünschenswert wäre es, zumindest auch noch eine positive Stimme, bzw. ein objektiveres Interview beizufügen und somit auch insgesamt ein etwas objektiveres Bild des Falles darzustellen. Rassismuskritische Berichterstattung müsse – so die Teilnehmerin – anders aussehen.

Beitrag einer weiteren Teilnehmerin: Im Zusammenhang mit dem vorgestellten Artikel stellt sich einer Teilnehmerin die Frage, wie die Relevanz eines Themas bestimmt werde und ob z. B. der Bericht über den Besuch der Sinti tatsächlich als notwendiger Artikel betrachtet werden müsse. Konkret wird nachgefragt, ob eine Berichterstattung immer dann erfolgen müsse, sobald sich Menschen beschweren. Auch im Zusammenhang mit dem Thema Frauenschwimmen habe die Presse auf die Beschwerden von Einzelnen reagiert, obwohl es keinen Anlass für eine derart ausführliche und kritische Berichterstattung, wie sie letztlich erfolgt sei, gegeben habe.

Allerdings sei in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass es zuletzt auch sehr positive Erfahrungen bezüglich der „Roma“ in Saarbrücken gegeben habe. Trotz der Existenz gewisser „Brennpunkte“, die durchaus Anlass zum Hinschauen und Aktivwerden bieten, haben sich bisher weder Zeitung noch Fernsehen instrumentalisieren lassen und bislang ausnahmslos überaus konstruktive Beiträge veröffentlicht.

Nachfrage einer Teilnehmerin: Wann muss über ein Thema berichtet werden? Dem Entschluss, über ein Thema wie „Sinti und Roma“ zu berichten, folgt mit großer Wahrscheinlichkeit das Dilemma, sowohl die richtige Wortwahl zu treffen als auch ständig Pro- und Contra-Meinungen zu finden, um ein halbwegs objektives Stimmungsbild abzeichnen zu können. Was also könne als entscheidendes Kriterium in der Praxis bestimmt werden, um über ein Thema zu berichten, bzw. berichten zu müssen?

Auskunft des Experten: Die Aufnahme von Themen in die Zeitung gestaltet sich relativ willkürlich. Zwar gibt es Konferenzen, in denen sich Redakteur_innen zusammensetzen und mögliche Themen besprechen, oftmals sei die Auswahl letztlich aber auf persönliches Interesse zurückzuführen. Zudem werde regelmäßig auf Gesuche von außen reagiert, indem beispielsweise den Beschwerden von Leser_innen Raum gegeben werde. Allerdings prüfe die Saarbrücker Zeitung derlei Beschwerden und Aufforderungen, zu gewünschten Themen Artikel zu schreiben, durchaus sehr sorgfältig hinsichtlich ihrer Repräsentativität.

4) Artikel: „**Betrug im Namen der Tafel**“⁵

Anmerkungen der Teilnehmer_innen: Folgende Passage des Artikels fällt den Teilnehmer_innen des Workshops als in höchstem Maße diskriminierend auf: „(...) Bei den drei erwachsenen Frauen handelte es sich um eine Südosteuropäerin, eine Staatenlose und eine Deutsche – alle einwandfrei einer Volksgruppe zuzuordnen, deren Namen eine Zeitung heute nicht mehr schreiben darf, weil sie damit höchstwahrscheinlich eine Rüge des Presserates erhält. Wir bitten daher um Verständnis, dass wir es wie die Ordnungshüter beim unverfänglichen Hinweis auf besagter Damen Vorliebe für bunte Kleider belassen... (vgl. Offenbacher Post 2009).“

Der zitierte Abschnitt sei nach Meinung der Fachkräfte eine Karikatur. Ähnlich entschied im vorliegenden Fall auch der deutsche Presserat, welcher von der Sanktionsmöglichkeit einer öffentlichen Rüge Gebrauch machte. Diese musste von der Offenbacher Post veröffentlicht werden. Kritisiert wurde in erster Linie die vom Presserat „ironisch-herabsetzend“ gewertete Umschreibung der „*Damen mit Vorliebe für bunte Kleider*“. Mit dieser Beschreibung habe die Offenbacher Post umso mehr die angebliche Täterschaft der Minderheit betont, heißt es in der öffentlichen Rüge. Dies könne daher als klarer Verstoß gegen die Richtlinie 12.1 des Pressekodex gewertet werden.

In diesem Zusammenhang sei nach Ansicht der Workshopteilnehmer_innen zudem die Metaebene sehr interessant, schließlich habe man in der Redaktion bereits vor dem

⁵ siehe Anhang 4: Quelle: Offenbacher Post (20.08.2009). Betrug im Namen der Tafel. Online-verfügbar unter: <http://www.op-online.de/lokales/nachrichten/langen/betrug-namen-tafel-448759.html>

Erscheinen des Artikels mit der Rüge gerechnet, den Artikel aber dennoch veröffentlicht. Dies sei als klarer Hinweis auf fehlende Akzeptanz der Richtlinien des Presserates zu werten, so eine Teilnehmerin.

5) Artikel: „Kurdin flüchtete in den Frieden“⁶

Analyse der Teilnehmer_innen: Beim vorliegenden Text fällt den Teilnehmenden zunächst einmal positiv auf, dass überwiegend mit Zitaten gearbeitet wurde. Auf diese Weise werde kaum kommentiert und bewertet, sondern vielmehr die Erzählungen „unbearbeitet“ wiedergegeben. Neben der Darstellung der Flucht- und Integrationsgeschichte einer jungen Kurdin seien außerdem auch ihre persönlichen Erfolge in unaufdringlicher Weise wiedergegeben worden, was nach Meinung einer Teilnehmerin einen sehr objektiven Gesamteindruck vermittele.

Der Eindruck der Teilnehmer_innen stimmt überein, dass es sich hier um einen wohlwollenden und differenzierten Text handele. Einzig der gebrauchte Begriff der „Neubürgerin“ sei nicht ganz korrekt, erfreue sich aber – auch im städtischen Rahmen – immer größerer Beliebtheit für Personen, die eingebürgert wurden. Dies sei faktisch jedoch nicht zutreffend, schließlich seien auch Personen mit ausländischem Pass bereits Bürger_innen. Der Begriff der „Neubürger_innen“ treffe daher weitaus eher auf neu zugezogene Personen zu als auf neu Eingebürgerte. Allerdings habe sich der Begriff in diesem Zusammenhang bereits sehr stark verfestigt und sei daher kaum mehr wegzudenken.

Zu hinterfragen sei grundsätzlich auch, ob im Rahmen einer solchen Serie über Bürger_innen mit Migrationshintergrund der Fokus so stark auf einzelne Migrant_innen gerichtet werden sollte. Zwar sei die Serie durchaus sehr professionell gestaltet und gut aufbereitet, ob es jedoch eine gute Perspektive sei, ganz explizit Einzelne mit ihrer persönlichen Migrationsgeschichte vorstellen zu wollen, könne kontrovers diskutiert werden.

Die Darstellung dieser individuellen Lebensverläufe könne allerdings unter Umständen als eine Art Gegenentwurf zu den zum Teil unzählig erscheinenden Pauschalisierungen verschiedener Ethnien (durch die Medien) aufgefasst werden, indem ganz bewusst auf einzelne, ausgewählte Lebensentwürfe geschaut werde. Unter diesem Gesichtspunkt könne die Arbeit an dieser Serie nur lobend hervorgehoben werden, zeichnet sie doch ganz klar ein Kaleidoskop an individuellen Lebensentwürfen und Geschichten auf und zeigt, wie individuell

⁶ Vgl. Saarbrücker Zeitung (17.08.2013). Kurdin flüchtete in den Frieden. Online-verfügbar unter: <http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/saarbruecken/Kurdin-fluechtete-in-den-Frieden;art2806,4902579>

und einzigartig Migration ist. Im Idealfall könne man mit dieser Vorgehensweise sogar die eine oder andere Pauschalisierung aufbrechen, so eine Teilnehmerin überzeugt.

Fazit der Gruppe: Es gehe nicht nur darum, *wie* berichtet werde, sondern auch, *wann* das Thema Migration in den Blick genommen werde. Außerdem sei zu beachten, ob womöglich eine „exotisierende“ Wirkung erzielt werde.

Einblicke in den Redaktionsalltag

Im Anschluss an diese Analyserunde gewährt der Referent einige Einblicke in den üblichen Redaktionsalltag: Der gesamte Tag in einer Redaktion sei mit Konferenzen getaktet, weshalb die Arbeit in der Regel unter einem enormen zeitlichen Druck geschehen müsse – sowohl jene der Personen in der Produktion als auch die Arbeit der Personen, die schreiben. Auch durch die in immer größerer Menge auf die Journalist_innen einströmende Informationsmenge müsse die Arbeit häufig unter großem Zeitdruck erfolgen: Es werden Agenturmeldungen ausgewertet, E-Mails und Pressemitteilungen empfangen und Anrufe aus der Bevölkerung entgegen genommen. Eine Bearbeitungszeit von etwa 30 Minuten ohne Unterbrechung sei bereits ein gewisser Luxus, längere Recherchezeiten ohne Unterbrechungen seien kaum realisierbar. Daher sei auch paralleles Arbeiten an mehreren Artikeln eher die Regel denn eine Ausnahme.

Nachrichtenwertfaktoren

Der Referent betont im Hinblick auf nachrichtenrelevante Ereignisse die überaus entscheidende Rolle der sogenannten „Nachrichtenwertfaktoren“. Dieser aus der kommunikationswissenschaftlichen Nachrichtenwertforschung stammende Begriff umschreibt verschiedene Aspekte, die als eine Art „Navigationssystem“ der Redaktionen über Relevanz oder Ignoranz von Ereignissen entscheiden: Prominenz, Nähe, Gefühl, Sex, Fortschritt, Folgenschwere, Konflikt, Kampf, Dramatik und Kuriosität. Ereignisse, auf die möglichst viele dieser Faktoren zutreffen, haben eine dementsprechend große Chance, Teil einer Berichterstattung zu werden. Die aufgeführten Nachrichtenwertfaktoren entscheiden jedoch nicht nur darüber, ob ein bestimmtes Ereignis als „berichtenswert“ eingestuft wird oder nicht, sondern auch, in welchem Umfang das Ereignis herausgestellt und präsentiert wird. Entsprechend attraktiv erscheinen Ereignisse (und Artikel), die zahlreiche dieser Faktoren berücksichtigen.

Hintergrund dieser Vorgehensweise sind – vor allem aus der Psychologie stammende – vornehmlich theoretische, aber auch empirische Forschungsbefunde, die eine Korrelation von erhöhtem Publikumsinteresse und dem Auftreten der vorgestellten Faktoren feststellen konnten.

In Zeiten stetig sinkender Auflagen von Printmedien herrsche jedoch trotz dieser groben Richtlinien sehr häufig große Unsicherheit in den Redaktionen, welche Artikel wohl gut nachgefragt werden – und welche Themen von den Leser_innen eher verschmäht werden. Diese durch die Medienkrise (die viel mit Demographie zu tun habe) bedingte Unsicherheit führe im Ringen um Leser_innen auch häufig dazu, das Bezug zu Themen genommen werde, die bereits gut angenommen wurden.

Nachfrage einer Teilnehmerin: Wer entscheidet letztendlich, welche Artikel gedruckt werden?

Auskunft des Experten: Es gibt eine_n Planer_in pro Tag, welche_r letztlich verantwortlich sei, wobei in letzter Konsequenz immer der Chefredakteur entscheide. Eine Art Zwischeninstanz seien jedoch die Planer_innen, welche die jeweiligen Berichte auf den Seiten platzieren und somit für den Gesamteindruck verantwortlich sind. Sie seien es, die vor dem Druck schließlich auch die letzte Entscheidung treffen, welche Themen in welcher Aufstellung herausgegeben werden und welche ggf. gestrichen, gekürzt oder zusätzlich erweitert werden.

Die generelle Entwicklung der einzelnen Themen geschehe jedoch innerhalb der über den kompletten Arbeitstag verteilten Konferenzen im Dialog.

Wichtige Aspekte für gelingende Pressearbeit

- **Persönliche, gezielte Ansprache** von Redakteur_innen (z. B. in persönlichen Anschreiben, Telefonaten etc.) inklusive Bereitschaft, für Rückfragen jederzeit zur Verfügung zu stehen
- Gestaltung von Pressemitteilungen: Auf **wichtige W-Fragen** (z. B. *Wann* und *wo* findet eine Veranstaltung statt? *Wer* ist eingeladen? *Was* ist das Ziel der Veranstaltung? usw.) stets **zu Beginn einer Pressmitteilung** in kurzen, knappen Angaben eingehen!
- Ankündigungen für Veranstaltungen möglichst kurz halten, handelt es sich hingegen um eine Stellungnahme zu einem brisanten Thema dürfen die Ausführungen durchaus etwas ausführlicher gestaltet werden; Grundsätzlich gilt jedoch: **Meldungen stets so komprimiert und kurz wie möglich verfassen**. Dies erhöht die Chance auf Veröffentlichung stark.
- Problematisch ist das Fehlen **einheitlicher Ansprechpartner_innen** in vielen Organisationen und Institutionen, daher klare Empfehlung: Eine Person als erklärte_r Ansprechpartner_in für jegliche Rückfragen von Presse und Bürger_innen zu bestimmten Projekten/Veranstaltungen. Diese sollte auch den Kontakt zu bestimmten Redakteur_innen regelmäßig pflegen.

Anhang

zum Vertiefungsworkshop

Mediale Berichterstattung und Zusammenarbeit

Anhang 1

Polizei sucht brutalen Schläger

Die oberfränkische Polizei fahndet wegen versuchtem Totschlag nach einem unbekannten Mann, der einen 23-Jährigen am Samstagfrüh in Hof ohne ersichtlichen Grund mit Tritten traktierte und schwer verletzte.

Der 23-Jährige saß gegen 3.30 Uhr vor einem Haus in der Marienstraße, als plötzlich ein Mann auf ihn zukam und ihm unvermittelt mit dem Fuß ins Gesicht und gegen den Kopf trat. Der 23-Jährige konnte einige Meter weit fliehen, stürzte jedoch und wurde weiter von dem Täter mit Fußtritten traktiert. Als Passanten herankamen, flüchtete der Täter.

Der 23-Jährige musste ins Klinikum eingeliefert werden, während die Polizei mit mehreren Streifenwagen nach dem Angreifer suchte, allerdings ohne Erfolg. Nun hofft die Polizei auf Hinweise aus der Bevölkerung. Nach Zeugenaussagen ist der Gesuchte etwa 1,80 Meter groß, hat schwarze kurze Haare und eine schlanke muskulöse Figur. Nach den Zeugenaussagen soll es sich um einen Mann ausländischer, möglicherweise türkischer Herkunft handeln, so die Polizei.

Anhang 2

Schmuckdiebe kommen mit Bewährung davon

PFORZHEIM. Dass sich Diebstahl nicht lohnt, haben gestern Harun K. und Mehmet Ö., zwei Deutsche mit Migrationshintergrund aus Niefern-Öschelbronn, erfahren.

Von Staatsanwalt Thomas Abele wurde ihnen vorgeworfen, in drei Fällen im Zeitraum vom 22. Juni 2009 bis zum 30. Juli 2010 Schmuckstücke ihres Arbeitgebers gestohlen zu haben. Dadurch sei der Firma ein Schaden in Höhe von 56 000 Euro entstanden. Die beiden Angeklagten legten ein umfassendes Geständnis ab.

Dass sie ihre Taten gestanden haben, sie nicht vorbestraft sind und sie in geordneten Verhältnissen leben, wirkte sich positiv auf das Urteil aus: Richterin Stephanie Gauß verhängte eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten auf Bewährung. In einem separaten Prozess beim Arbeitsamt werde noch ermittelt, wie viel die beiden Diebe von der Schadenssumme zurückbezahlen müssen.

Anhang 3

Wagenburg auf Celler Schützenplatz verunsichert Touristen

CELLE. Der Celler Schützenplatz bietet in diesen Tagen ein ungewohntes Bild. Normalerweise stehen um diese Jahreszeit 30 bis 50 Wohnmobile aus ganz Deutschland auf dem Gelände und nutzen den kostenlosen Platz für ihren Besuch. Derzeit haben sich aber nicht einmal fünf Urlaubsfahrzeuge versammelt. Stattdessen stehen 30 Wohnwagen der Sinti und Roma dort.

Die Stadt hat nichts gegen den Besuch. „Es gibt keinen Grund, warum sie da nicht stehen dürfen“, so Sprecherin Myriam Meissner. „In der Vergangenheit haben wir keine schlechten Erfahrungen gemacht und Beschwerden haben wir auch nicht bekommen. Und normalerweise dauert der Besuch nicht länger als eine Woche.“ Das bestätigen auch die Gäste. „Wir bleiben wahrscheinlich nur ein paar Tage“, heißt es auf Nachfrage vor Ort. Zwei Männer in Anzügen steigen aus einem Mercedes aus und lächeln. „Wir wollen keine Probleme und machen keinen Ärger.“ Aber warum nutzen sie keinen normalen Campingplatz? „Wenn wir mit 30 Wagen auf einmal kommen, sind Campingplätze meistens überfordert.“ In drei Tagen wollen sie wieder fahren. Die wenigen klassischen Campinggäste

nebenan sind verunsichert. Das Ehepaar Christel und Kurt Krause ist aus Kiel angereist und das erste Mal in Celle. „Wir überlegen, ob wir überhaupt über Nacht bleiben“, sagen beide. Die erfahrenen Camper haben offenbar schon viele schlechte Erfahrungen gemacht. „Wir haben schon oft beobachtet, wie Gräben und Gebüsch als Toiletten missbraucht werden“, so Kurt Krause. „Das größte Problem ist aber der Müll, der zurückgelassen wird.“

Vom kostenlosen Angebot ist das Ehepaar begeistert. Die Krauses würden sogar fünf Büro pro Tag zahlen, damit der Platz in Ordnung gehalten wird, sagen sie. Das schaffe außerdem neue Arbeitsplätze. Und nach kurzem Überlegen entschließen sie sich doch, noch eine Nacht zu bleiben. (skb)

Anhang 4

Betrug im Namen der Tafel

Langen - Schon vor zwei Wochen hatte die Vorsitzende der Langener Tafel, Friedelgaard Pietsch, über unsere Zeitung gewarnt: „In der Stadt sind Betrüger unterwegs, die angeblich Spenden für unsere Tafel sammeln“. Von Holger Borchard

Die waren am Dienstagnachmittag erneut zugange – dank eines aufmerksamen Zeugen mussten sie allerdings einen unfreiwilligen Zwischenstopp auf der Polizeiwache einlegen.

Der Zeuge, nach eigenen Worten selbst Nutznießer der Langener Tafel, hatte der Polizei gegen 14.30 Uhr vier Frauen „südländischen Aussehens“ gemeldet, die Passanten auf der Bahnstraße um Spenden für die Langener Tafel anbettelten. Die ausgesandte Funkstreife fing das beschriebene Quartett, darunter eine Zehnjährige, Minuten später auf der Einkaufsmeile ab. Zur – laut Polizeisprecher Henry Faltin „nicht gerade einfachen“ – Überprüfung der Personalien wurden die Vier auf die Wache mitgenommen.

Bei den drei erwachsenen Frauen handelte es sich um eine Südosteuroperäerin, eine Staatenlose und eine Deutsche – alle einwandfrei einer Volksgruppe zuzuordnen, deren Namen eine Zeitung heute nicht mehr schreiben darf, weil sich sie sich damit garantiert eine Rüge vom Presserat einhandelt. Wir bitten daher um Verständnis, dass wir es wie die Ordnungshüter beim unverfänglichen Hinweis auf besagter Damen Vorliebe für bunte Kleider belassen ...

Dass das Quartett, das laut Polizei eine „beachtliche Menge Kleingeld“ mitführte, die Gastfreundschaft der Polizei nicht allzu lange in Anspruch nahm, liegt in der Natur der Sache: „Betteln als solches ist nicht verboten“, betont Faltin. „Bettelt man allerdings unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, ist das Betrug.“

Die Langener derart getäuscht zu haben, bestritt das Quartett selbstverständlich vehement. Eine Frau legte obendrein einen Ausweis vor, der sie als Streetworkerin einer Organisation zum Spenden sammeln für selbige (nur für selbige) berechtigt. Spätestens hier beginne das Dilemma der Polizei, verdeutlicht Faltin. „Echter Ausweis, falscher Ausweis – wahre Geschichte, falsche Geschichte: Das Feld ist weit, die Überprüfung unglaublich schwer.“

Großes Lob zollt der Polizeisprecher daher dem Zeugen: „Seine Aussage und vor allem das sofortige Alarmieren der Kollegen haben dafür gesorgt, dass wir diesem Fall Gesichter und Namen zuordnen können.“

Anhang 5

Kurdin flüchtete in den Frieden

Die politisch verfolgte Zeynep Atay wurde mit 31 Jahren zur Saarbrücker Neubürgerin

An Schüsse und Soldaten erinnert sich Zeynep Atay, wenn sie an ihre Kindheit zurückdenkt. In Deutschland hat sie eine friedlichere Heimat gefunden. Anfang August wurden sie und ihr Sohn Muhammed eingebürgert.

Saarbrücken. „Wenn ich in einem friedlichen Land hätte aufwachsen können, wäre ich nie nach Deutschland gekommen“, sagt Zeynep Atay (31) und streicht ihrem Sohn Muhammed (6) über den Kopf. Eltern, beschreibt sie, wünschen sich für ihre Kinder „immer nur Frieden“. Sie erlebte als kurdische Türkin in ihrem Heimatland aber keinen Frieden. Als ältestes von sechs Kindern wächst sie mit ihrer Familie im kurdischen Gebiet der Türkei auf und erlebt täglich den blutigen „türkisch-kurdischen Konflikt“ in ihrer Heimatstadt Nusaybin an der Grenze zu Syrien. „Meine Kindheit bestand aus Schüssen, Soldaten und ständiger Angst“, sagt die 31-Jährige rückblickend.

Noch heute kann sie sich daran erinnern – „wenn wir auf dem Hausdach schliefen, weil es drinnen zu heiß war“ – wie unzählige Gewehrschüsse den Nachthimmel zerrissen. „Dann schnappte uns mein Vater und brachte uns ins Haus. Wir bewegten uns immer entlang der Wände. Am Fenster durfte niemand stehen. Ein Schuss hätte uns töten können.“ Damals erlaubte „die türkische Regierung nicht mal, dass wir unsere Sprache, Kurdisch, sprechen.“

In den 90er-Jahren verschärft sich der Konflikt zwischen der türkischen Republik und der Kurdischen Arbeiterpartei PKK weiter. „Meine Eltern entschlossen sich, mich und zwei meiner Brüder nach Deutschland zu schicken.“ Schleuser bringen die Kinder 1994 zum Onkel. Zeynep war damals 12. „Ich kam illegal nach Deutschland“, sagt sie und ergänzt, „als Kurden waren wir aber politisch Verfolgte.“ Ein halbes Jahr später kamen der Vater und „schließlich, zweieinhalb Jahre später, meine Mutter und die anderen drei Geschwister“ nach Deutschland. Die Anfangszeit war hart, erinnert sie sich: „Ich konnte ja kein Deutsch, saß in der Schule in der letzten Reihe und schwieg.“ Dann blickt sie zu ihrem Sohn. Eine Sprache diene dem eigenen Selbstverständnis, sagt sie: „Wir sprechen zuhause meist Türkisch. Doch Muhammed war im Kindergarten und wird jetzt eingeschult. Mit der deutschen Sprache verband er den Wunsch, auch Deutscher zu werden. Im türkischen Konsulat in Mainz, als ich die Papiere für unserer Ausbürgerung unterschrieb, rief er die ganze Zeit „Bin ich jetzt deutsch?“, erinnert sich die Mutter lachend.

Am 1. August überreichte Oberbürgermeisterin Charlotte Britz der 31-Jährigen und ihrem Sohn die Einbürgerungsurkunde. „Ich freue mich, endlich Deutsche zu sein. Ich habe dafür lange gekämpft. Als ich 18 war, wollte man mich abschieben. Ich lebte ständig in Ungewissheit: Mein Visum wurde mal für drei Monate, mal für eine Woche verlängert.“ In der Zeit bangt sie, hat Angst, dass sie erneut „entwurzelt wird“.

An vorderster Front kämpften ihre Klassenlehrerin der Ostschule, Ursula Krutthofer, und Wolf Emminghaus, Mitarbeiter beim Deutschen Roten Kreuz, für ein Bleiberecht der damals 18-Jährigen. „Herr Emminghaus machte sich im Innenministerium für mich stark, und ich bekam endlich eine Aufenthaltsgenehmigung.“

Die Einbürgerung, der deutsche Pass, „vermittelt mir Sicherheit. Ich bin hier zuhause und will für immer hier bleiben“. Dann überlegt sie kurz und sagt: „Außerdem ist es gerecht. Ich arbeite seit acht Jahren als Erzieherin, zahle hier meine Steuern. Ich bin Hortleiterin der Grundschule Klarenthal. Wir betreuen in der freiwilligen Ganztagschule 80 Kinder zwischen sechs und zehn Jahren. Ich erziehe die Zukunft Deutschlands, und ich finde, ich habe mir den deutschen Pass verdient.“

Anhang 6 (Quelle: Saarbrücker Zeitung vom 30. November 2011, A2)

SEITE A2 Saarbrücker Zeitung NR. 278

THEMEN DES TAGES

MITTWOCH, 30. NOVEMBER 2011

Anschläge auf Migranten Seit 2006 brannte es elf Mal in Häusern von Migranten in Völklingen. Die Polizei sieht – anders als die Opfer – keine Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Derweil wurde ein weiterer mutmaßlicher Helfer des Zwickauer Neonazi-Trios festgenommen.

„Irgendjemand hat versucht, uns zu töten“

Völklinger Brandserie schockt ausländische Bürger – Kritik an Polizei

Von SZ-Redakteur
Johannes Kloth

Immer wenn nachts ein Martinshorn ertönt, fliehen Recep Ünsal und seine Familie vor ihr Haus in Völklingen. Sie haben Angst, dass es wieder passiert. Wieder als am frühen Morgen des 5. Augusts 2007, als Ünsal seine schwangere Frau und die Kinder über eine Drehleiter gerettet wurden. „In letzter Minute“, wie ein Feuerwehrmann sage. Das Haus brannte ab, die türkische Familie vor ihr Hab und Gut. Die Täter, die nie gefasst wurden, hatten laut Polizei einen Kinderwagen im Flur angezündet. Nur drei Jahre später, im September 2010, brach abermals Feuer aus. Ünsal rannte durch den verqualmten Flur, um seine Kinder aus dem ersten Stock zu retten und die anderen Mietwohner zu alarmieren.

In beiden Fällen war es Brandstiftung, das hat die Polizei zweifelsfrei festgestellt. „Irgendjemand hat zweimal versucht, uns zu töten“, sagt der 38-jährige Ünsal mit zitternder Stimme. „Aber warum nur? Ein ganz normales glückliches“ Leben habe er mit seiner Familie bis zu jener Nacht im August geführt, sich immer wohl gefühlt in Völklingen, wo er geboren wurde. Heute hat er Angst vor seinen Mitbürgern.

Die Ünsals sind einer der einzigen Völklinger mit Migrationshintergrund, die Opfer von Brandstiftungen wurden. Mindestens elf Mal hat es seit Sep-

tember 2006 in Häusern gebrannt, in denen Italiener, Schwarzafrikaner, Algerier, vor allem aber Türken leben. Dabei gab es mindestens 20 Verletzte darunter Kinder. Die Brande wurden oft ähnlich entfacht, indem leicht entzündliches Material in den Erdgeschossen abgelegt wurde. An einem Abend brannte es parallel in zwei Häusern, im spätkaribischen Pal, am 5. August 2007, gleichzeitig in drei Häusern. Alle Brände fanden in Völklingen statt, wo die NPD im Stadtrat sitzt und rechtsradikale Kameradschaften aktiv sein sollen.

Für die Polizei gab es jedoch „keine Hinweise“, dass es sich um Brandstiftungen mit fremdenfeindlichem Hintergrund gehandelt haben könnte. Es sei in alle Richtungen ermittelt worden, selbstverständlich sei man „neutral an die Sache ran gegangen“, sagt Polizeisprecher Georg Hubert der SZ. Waren die Brände also eher Miltiäverbrechen oder lebensgefährliche Jungensstreiche? Möglich. Fäig ist in allen Fällen (bis auf den jüngsten, der noch untersucht wird) wurden die Ermittlungen eingestellt. Bemerkenswert auch: 2007 gab es in Völklingen insgesamt zehn Brandstiftungen – alle, bis auf die

vom 5. August, sind aufgeklärt. Engagierte Bürger und Experten aus Migrationseinrichtungen in Völklingen, die mehrfach bedroht wurden und daher nicht namentlich genannt werden wollen, üben Kritik an der Polizei. Sie sprechen von halbwitzigen Erwähnungen, einige sogar von Verzuschlügen. So sei in einigen Fällen Zeugen nur nach Drängen, zum Teil überhaupt nicht angehört worden sein. Auch Übersetzungslehrer, Thomas Lomburg, ist unzufrieden mit den Ermittlungen.

Dass man so schnell fremdenfeindliche Hintergründe beseitete schiebt, ist schon sehr verwunderlich“, so Lomburg. Er könnte zudem in den Ermittlungsakten keine Hinweise darauf erkennen, dass man trotz Gründung einer Kommission ernsthaft in diese Richtung ermittelt habe. Stadtdenissen stand sehr rasch Ünsal selbst im Visier der Ermittler. Ein Informant, der laut Akten als „sehr vertrauenswürdig“ eingeschätzt wurde, soll beobachtet haben, Ünsal sei in die Arme eines für 5000 Euro in Auftrag gegebenen Mordelangs hörte die Polizei daraufhin Ünsals Telefon an und ließ Kontrollbewegungen überwachen – ohne jedes Ergebnis.

Ünsal selbst sage, das Missverständnis der Beamten habe er von Anfang an verdrängt. Auf die Bitte etwa, Wertsachen aus der Rüne seines Hauses holen zu dürfen, sei ihm von ersten Beamten vor Ort geantwortet worden: „Das ist doch ein Schwarzgeld, oder?“

Den Mut, so offen zu sprechen, hat außer Recep Ünsal keiner der Betroffenen. Zu groß ist die Angst, die Gewalt zu schützen. Zudem Übergriffe und Drohungen gegen Migranten in Völklingen keine Seltenheit seien, sagen Beobachter. Nazi-Parolen und Hakenkreuze an Hauswänden und öffentlichen Gebäuden, ebenso zum Stadtbild geführt wie von Kameradschaftsmitgliedern betriebenes Tattoo-Studio. Nachdem das heikle Thema 2008 in einem Fernsehbeitrag zur Sprache kam, erhielten türkische Bewohner und gegen Rechtsextremis-



5. August 2007: Das Haus der Familie Ünsal in Völklingen steht in Flammen. Parallel brennen zwei weitere Häuser in der Stadt, die von Migranten bewohnt werden. Täter wurden nie gefasst. Foto: Rolf Alpental

mus engagierte Bürger anonyme Drohbriefe. „Früher oder später bekommen wir Euch alle.“

Trotz Hinweisen aus der Bevölkerung braucht die Stadtverwaltung bisweilen Monate, um Nazi-Symbole aus dem Stadtbild zu entfernen. Bei einem übergrößen Hakenkreuz, das Monate an einer Grundschule prangte, wurde er gar einer massiven Intervention eines erbosten Bürgers. Auffällig platzierte Symbole an einem Supermarkt im Jahr 2008 an der damalige Polizeichef Völklingen, Axel Busch, als „provokante Graffiti“ ab. Busch ist übrigens von Fanplattenfotos zu sehen, die seine Tochter in einem sozialen Netzwerk präsentierte. Direkt daneben posiert seine zweite Tochter neben einem Mann mit Gläzöpfe, im T-Shirt der verbotenen Neonazi-Band „Lander“.

Im Völklinger Rathaus hat man bis heute keine Belehrung für die

Ergriffung der Täter der Hausbrände ausgesetzt. Nicht einmal der Sicherheitsbeirat, wollte sich bislang mit dem Thema befassen. SZ-Informationen zufolge soll der Moschee-Verein der Türkisch-Islamischen Gemeinde in Völklingen kürzlich wieder einen anonymen Drohbrief erhalten haben. Die Polizei habe gehebet, ihn nicht öffentlich zu machen. Recep Ünsal, dessen Vater als Gastarbeiter noch am Völklinger Bahnhof von einer Blaskapelle empfangen wurde, weiß nicht, wie es weitergeht. Kürzlich gab es wieder einen Vorfall: Jemand fummelte von außen an seiner Hausecke herum. Ünsal öffnete und sah sich zwei Männern gegenüber, einer von ihnen „ein Gläzöpfe“, wie er sagt. Die Täter fuhren ab. Eine Fahndung habe die Polizei nicht verlassen wollen. Das können man nur, wenn was passiert sei, habe man ihm gesagt.

HINTERGRUND

Völklingen gehört zum Regionalverband Saarbrücken und zählt rund 40 000 Einwohner. Die Industrialisierung begann 1872, als in Gelsenkirchen die erste Eisensmelterei der Region entstand. 1873 begründeten die Gebrüder Röchling mit der Übernahme der Hütte eine Ära des Aufschwungs. Die 1986 geschlossene „Alte Völklinger Hütte“ gilt heute als größter Schatz der Stadt und ist Weltkulturerbe der UNESCO. Völklingen leidet seit der Montankrise unter relativ hoher Arbeitslosigkeit. Die Stadt hat mit fast 20 Prozent einen hohen Anteil ausländischer Mithabende.



Terror-Ermittler nehmen erstmals früheren NPD-Funktionär ins Visier

Polizei fasst mit Ralf Wohlleben eine zentrale Figur der Thüringer Neonazi-Szene – Bundesinnenminister Friedrich plant umfassende Neonazi-Datei

Die Ermittlungen im Fall der Zwickauer Neonazi-Zelle rücken näher an die NPD heran. Die Polizei nahm gestern den früheren Funktionär Ralf Wohlleben fest. Innenminister Friedrich will in Kampf gegen den Rechtsextremismus eine Neonazi-Datei anlegen.

Von dpa-Mitarbeiter
Christian Schneider

Erfurt/Jena. Ende vergangener Woche hatte sich Ralf Wohlleben noch sicher gezeigt. Für seine Verhaftung würden die Beweise des Bundeskriminalamtes nicht reichen, sagte er vor Journalisten. Die Ermittler hatten an diesem Tag seine Wohnung in Jena durchsucht. Nicht einmal eine Woche später hat sich das Blatt für den 36-Jährigen gewendet.

PRODUKTION DIESER SEITE:
ULRIKE OTTO
IRIS NEU, DANIEL KIRCH

Beobachter und Verfassungsschützer sehen in Wohlleben eine der zentralen Figuren in der thüringischen Neonazi-Szene. Der Informant gilt als Bündiged zwischen NPD und „freien“, gewaltbereiten Neonazis, die sich oft in „Kameradschaften“ zusammen schließen. In den 90er Jahren gehörte er mit den später untergetauchten drei mutmaßlichen Bombenbastarden Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe einer sechsköpfigen „Kameradschaft Jena“ an.

Ein Jahr nach dem Verschwinden des Trios trat Wohlleben 1999 in die NPD ein und machte dort nach Beobachtung der Verfassungsschützer rasch Karriere: Er wurde Mitglied im Landesvorstand als Beisitzer und „Schulungsleiter“. In seiner Vorsitzzeit bis Mai 2008, stellvertretender Landesvorstand gewesen, „war er ein wesentlicher Architekt

für das Erscheinungsbild der rechtsextremistischen Szene in Thüringen“, charakterisiert Stephan Heerdegen vom Beratungsverein, möblierte der Röhrle Wohlleben in dieser Zeit. In den Verfassungsschutzberichten füllt er Seiten: Reden bei Kundgebungen in großen und kleinen Städten über „osteuropäische Schwarzbauer“ oder „Demonstrationen auf der Rückgabe aller deutschen Ostgebiete“.

Organisator der Neonazi-Szene
Er agitierte vor einem Asylbewerberheim, störte eine Ausstellung des Verfassungsschutzes, ver suchte per Saalbesetzung mit 30 Unterstützern einen Vorzug über Rechtsextremismus zu verhindern und organisierte landesweite Treffen. Wohlleben sei ein „überzeugter Neonazi“, der eher als Beobachter und Organisator aufgetreten sei und nicht als Schläger – „der Mann, der bei

NPD-Kundgebungen gerötet“ Ge dankenmonstrationen fotografie te“, erinnert sich Heerdegen. Überregional bekannt wurde vor allem das „Braune Haus“ in Jena, wo Wohlleben in einem ehemaligen Gasthof ein Wohnprojekt und zahlreiche Treffen, Schulungen und Liederabende organisierte. Gleichzeitig boxt er ginstigem Serverplatz der Szene an, auf dem bis zu einem Drittel aller rechtsextremistischen Webseiten als Thüringer lagen. Für diese Zeit beschreibt ihn Verfassungsschützer als besonders deutsches Beispiel, wie eng NPD und Neonazi-Szene verneigt seien. 2009 trat er – nach NPD-An gaben wegen „persönlicher Gründe“, aber ohne Konflikte aus der Partei aus. Wegen der Neonazi-Morde und den Ermittlungsplänen plant Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) eine umfassende Datei zu gewaltbereiten Rechtsextremis-

ten. Diese gehört zu dem Zehnpunkte-Plan, den das Bundesinnenministerium nach Bekanntwerden der Neonazi-Mordserie vorgelegt hatte. Im Gespräch ist unter anderem, Bankverbindungen, Telefonverbindungen und Kontakteute von gewaltbereiten

Rechtsextremisten zentral zu speichern, damit jede Stelle darauf Zugriff hat und die Ermittler ein Gesamtbild haben. Die Datei soll nach dem Vorbild der Antiterror-Datei zu gewaltbereiten Islamisten beim Bundeskriminalamt eingerichtet werden.

MEINUNG

Politisch kluges Drängen

Von SZ-Redakteur
Ulrich Brenner

Das forschende Drängen des Bundesinnenministers auf eine Verbunddatei für gewaltbereite Rechtsextreme mag mancher Aktionsismus nennen. Das liberal geführte Justizministerium würde lieber erst die jüngsten Ermittlungs-Fehler analysieren. Die Schwachstellen beim Informations-Austausch

zwischen Ländern und Behörden sind aber längst evident. Und politisch handelt Friedrich klug, wenn er jetzt Veränderungen anstößt, ehe sich die Medien gelangweilt vom Extremismus-Thema abwenden und der Druck nachlässt. Dass Friedrichs Dauel allein Straftaten nicht verhindern kann, ist klar. Zentral ist ein geschärftes Bewusstsein für die rechte Gefahr. Aber ohne Informationen nutzt dieses wenig.